

Kraukauer Zeitung.

Nr. 66.

Mittwoch, den 20. März

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abon- nementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

nementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wurde für weiland Ihre königliche Hoheit Marie Louise Viktorie, vermittelte Herzogin von Kent, geborne Prinzessin von Sachsen-Coburg, die Hoftrauer Montag den 18. März 1861 angeordnet und wird dieselbe durch zehn Tage, d. i. bis einschließlich 27. März, ohne Abwechslung getragen werden.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den k. k. Oberst im General-Quartiermeisterstab, Karl Ripper, als Ritter des Leopold-Ordens den Ordensstatuten gemäß, in den Ritterstand des Kaiserthums Österreichs aufgenommen und die Befreiung seiner Person und seines Vermögens von allen Steuern und Abgaben bewilligt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 12. März d. J. dem in den bleibenden Ruhestand versetzten Ober-Kommissär der lombardisch-venetianischen Polizeibehörden, Hieronymus von Cornet, in Anbetracht seiner langjährigen eifrigen Dienste und erprobten Loyalität den Titel eines kaiserlichen Rathes tarzfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 16. März d. J. dem Rathessekretär des kaiserlichen Oberlandesgerichtes, Anton Niggel, aus Anlass seiner Veretzung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielfährigen, eifrigen und erprobten Dienste, den Titel und Charakter eines Landesrichters allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostol. Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 9. März d. J. den ersten Dolmetscher der kaiserlichen Internuntiat in Konstantinopel, Freiherrn Ottomar von Schlecht, zum wirklichen Legationsrath und provisorischen Direktor der orientalischen Akademie allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 5. März d. J. am Kathedralkapitel zu Sebenico zum Bischof von Dalmatien, Domherrn des Bisthums und Pfarrer zu Wobitz Josef Merz, zum Bischof von Sebenico ernennen geruht. Der Bischof von Sebenico soll die Sobborgo di mare Anton Fosco, den Pfarrer von Mortar Anton Lazar Petranovich und den Pfarrer und Prodechant von Scardona, Melchior Raveich allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat über Antrag des betreffenden hochwürdigen bischöflichen Ordinariats die am Kraukauer vierstägigen Unterghymnasium erledigte Religionslehrstelle dem Pfarrcooperator in Döbmic, Joseph Balcarczyk, verliehen.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des kaiserlichen Raths zum Präsidenten und des kaiserlichen Raths zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Budweis bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 20. März.

So eben ist, wie wir erfahren, dem Herrn k. k. Hofrath Ritter v. Bucassovich auf Grund a. h. Genehmigung die Ermächtigung Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers zugeworfen, wegen der bevorstehenden römisch-katholischen und jüdischen Feiertage die Wahltag derart zu verlegen, daß der Sonntag am 15. April l. J. zusammentreten könne. In Folge dessen werden die Wahlen bei sämtlichen Wählerklassen jedenfalls erst nach Ablauf der Frieren vorgenommen werden und wird die Kundmachung der geänderten Wahltermine in diesen Tagen erfolgen.

Die revolutionäre Politik des Palais Royal ist zur Regierungspolitik in Frankreich geworden, das Gouvernement hat sich offen zu den hochgepriesenen Grundsätzen des Prinzen Napoleon bekannt und jubelnd, was es nun der Preis oder der Erfolg dieses Mandats, schließt sich die republikanische Opposition an das Empire als Bundesgenosse der Regierung im Streit gegen Rom, gegen den Conservatismus, gegen Legitimität und historisches Recht. In den Sitzungen des gesetzgebenden Körpers vom 14. und 15. in welcher die Abgeordneten der äußersten Linken zuerst das Wort ergreifen trat dieß klar zu Tage. Aus der Haltung und Sprache des Herrn Jules Favre und des Herrn Olivier, schreibt ein Pariser Corr. der „N. P. Z.“ ging deutlich hervor, daß sie nur zur Ehre ihrer Principien ihr Amendement vertheidigten und die Haltung der Regierung einer scharfen Kritik unterzogen; man sah deutlich, daß sie sich als Bundesgenossen des Empire betrachteten, und daß der Graf Morny sie als solche zu behandeln sich anstrengen mußte. In dieser Beziehung waren die beiden Sitzungen von hoher Wichtigkeit; es wurde da der Bund zwischen dem Kaiser und den Wortführern der Revolution gegen die „alten Parteien“ und gegen das Europa und das „alte“ Recht besiegelt und constatirt, und wenn irgend Jemand sich auch jetzt noch Illusionen über das macht, was bevorsteht, dann sei er unverbesserlich. Hr. v. Morny hat keinen Anstand genommen, zu erklären, daß er geglaubt hätte, sich eine Ungerechtigkeit zu Schulden kommen zu lassen, wenn er die Worte des Herrn Olivier: „ich bin Republikaner“, als verfassungswidrig gerügt hätte, eine Ungerechtigkeit deshalb, weil der Geist von dessen Rede ein durchaus sympathischer gewesen sei und Hr. Olivier sich bereit erklärt hatte

„sich dem Kaiserreich anzuschließen“. Es ist wahr, daß Hr. Olivier gegen diese Deutung seiner Rede in einem Brief an Morny protestirt, aber das ist eine Komödie; denn er wiederholt, daß er und seine Freunde den Kaiser „bewundern und unterstützen würden“, wenn er auf der liberalen, sollte heißen auf der revolutionären, Bahn vorwärts schreite. Hr. Belmontet, der Poet des Empire, klärte die Lage vollends auf, indem er ausrief: „Diese neue Fronde des Salons wird in Rauch aufgehen; es wird in Frankreich stets Verfassungen, Hütten und Kaffern geben“, mit andern Worten: Gestützt auf die Massen und die Soldaten, braucht das Kaiserreich die Intelligenz, die Bildung, den Reichtum, die Bourgeoisie und die Aristokratie nicht zu fürchten!

Der Karlsruher Btg. wird gleichfalls diese neue Liga signalisirt. Es scheint sich mehr und mehr zu bestätigen, heißt es in einem Pariser Schreiben dieses Blattes, daß, sobald die Adresse und das Budget vortritt, man die Herren Abgeordneten nach Hause schicken wird. Prinz Napoleon sagte, es sei notwendig, den Senat zu „epuriren“; der Kaiser ist der Ansicht, daß auch im gesetzgebenden Körper eine solche Ausmerzung notwendig geworden ist, da etliche Hundert dieser Herren geradezu unbedeutend geworden sind. Um dieses zu bewerkstelligen, werden die Tuilerien und das Palais-royal, das Kaiserthum und die rothe Republik sich die Hände reichen und einen Zeig bereiten, woran man Deputirte formt, wie man sie braucht. Glauben Sie nicht, daß, was ich Ihnen sage, bloße Phrasen sind; qui vivra verra!

„Patrie“ und Consorten finden, daß sich die Montagne viel würdiger benehme, als die Rechte, und sie stellte ihr das Zeugnis der Wählung aus. Dagegen ist die „Opinion nationale“ sehr erbost gegen Jules Favre. Alles, was er gesagt habe, könne nur den Beifall der „Opinion nationale“ finden, meint der „Moniteur“ des Prinzen Napoleon, aber Jules Favre habe seine Zeit sehr schlecht gewählt, denn es handelt sich jetzt vor allen Dingen darum, die katholische Partei und die Legitimisten unschädlich zu machen. Sei dieß geschehen, dann könne man sich mit der Regierung auseinandersetzen. Ueber die Rede des Herrn Olivier ist der Prinz Napoleon — wir wollen sagen, die „Opinion nationale“ — ganz entzückt. Hr. Olivier, sagte das Blatt, war (als er dem Kaiser die Hand bot) der wahre Dolmetscher der französischen Demokratie, und er hat für sich selber eine politische Stellung eingenommen — deren Fruchtbarkeit ihm die Zukunft zeigen wird.

Die gestrige Kammer Sitzung, schreibt man dem Vaterlande vom 13. d., war ein wahrer Triumph für die conservative Partei, und die moralische Niederlage der Regierung um so eclatanter, als die Beredsamkeit ihres Wortführers, Herrn Baroche, ein vollkommenes Fiasko machte. Der Kaiser soll sich gestern Abend sehr unwillig über die „matte“ Replique des Herrn Baroche auf die an „Hochverath“ streifende feindselige Rede des Herrn Pichon geäußert haben. Das „Siecle“ ist im höchsten Grade wüthend; es beschuldigt heute die Präfecten, das Gouvernement irre geführt zu haben, sie allein hätten es zu verantworten, daß die Kammer von Papisten, Revolutionären und Feinden der Regierung angefüllt sei, und es plagt in seinem Zorn mit dem kostbaren Geständnisse heraus: der Kaiser habe, als er das Decret vom 24. November erließ, geglaubt, er werde mit seiner Nullität vor eine ihm ergebene Kammer treten, und nun stelle es sich heraus, welche Leute die Präfecten (bei den Wahlen) unter ihren Schutz genommen hätten; „es wäre klüger gewesen“, die Kammer aufzulösen. Einest tröstet das „Siecle“ die Bewegung in Polen: La Révolution a une auxiliaire de plus — maintenant messieurs les souverains allemands, menacez donc la France! ruft es höhniisch aus.

Dem Herrn Keller ist die Erlaubnis, seine im corps législatif für den Papst gehaltene Rede als Brochure zu veröffentlichen, verweigert worden, nachdem die Rede des Prinzen Napoleon in einer Auflage von 30,000 Exemplaren (als Brochure) gedruckt werden dürfte. Gleichzeitig haben die officiellen Blätter und Redner die Parole erhalten, zu behaupten, daß die Reden der katholischen Deputirten nicht als der Ausdruck persönlicher Ansichten, sondern als Programm von Colerien betrachtet werden müßten. Der Beschluß der syrischen Konferenz, die Occupationzeit bis zum 5. Juni zu verlängern ist ein Erfolg der Englischen Politik, denn das Comley der Verlängerung der Occupation bis zum 5. Juni verpflichtet, ist wie der Pariser-Corresp. der „N. P. Z.“ meint, als Concession von um so geringerer Bedeutung,

als selbst in dem Falle, daß die sofortige Räumung Syriens beschlossen worden wäre, die Ausführung dieses Beschlusses der Konferenz doch noch längere Zeit gekostet haben würde. Dies soll auch in der Sitzung hervorgehoben worden sein. Man darf übrigens annehmen, daß der Kaiser Napoleon sich einem neuen Termin nur deshalb unterworfen habe, weil er vorzuzieht, daß bis zum 5. Juni die Pulvermine im Oriente aufgefliegen sein und die orientalische Frage in ihrem ganzen Umfange gestellt, die Syrische also zu einem Detail herabgedrückt sein wird.

Aus Jhehoe, 18. März, wird telegraphisch gemeldet: Der Ausschussbericht über die Regierungsvorlage schließt mit folgenden Anträgen: Die Versammlung möge erklären, daß sie auf die bei der Eröffnung der Ständeversammlung angekündigte Gesamtstaatsreform nicht eingehen könne, daß der Gesetzentwurf über das Provisorium abzulehnen und das Präsidium zu beauftragen sei, die Regierungsvorlage und die Erweiterung der Ständeversammlung auf dieselbe zur Kenntnissnahme der Bundesversammlung in Frankfurt a. M. zu bringen.

Nach Berichten aus Konstantinopel vom 12. d. M. hat eine Konferenz bei dem englischen Gesandten, Herrn Bulwer, stattgefunden in Angelegenheiten der Herzegowina. Die Pforte lehnt es ab, über diese innere Angelegenheit zu verhandeln und will eine etwa ausbrechende Insurrection mit Gewalt unterdrücken. (Hiernach ist eine frühere Notiz zu ver vollständigen.)

Aus Konstantinopel wird (über Paris vom 18.) berichtet: Labonoff verzichtet auf eine permanente Konferenz, wenn die Pforte Reformprojecte vorlege. Die Pforte antwortete dies thun zu wollen, aber erst nach deren Veröffentlichung.

△ Wien, 18. März. Das ungarische Blatt „Sürgöny“, dessen Beziehungen bekannt sind, erlaubt sich, in einem Artikel, welcher überschrieben ist: „Der 15. März“, zu sagen, daß „der 26. Februar als kein Ausgleich, sondern wieder nur als Reaction (!) erscheint und daß dessen Ausführung in Ungarn gerade soviel Wahrscheinlichkeit für sich hat, wie die Verfassung vom 4. März, oder die Begründung des Bachschen Systems (!)“. Das Verfassungswerk vom 26. Febr. ist keineswegs von der Art, daß es, soweit es Ungarn betrifft, einen „Compromiß“, wie „Sürgöny“ annimmt, zuläßt; es schließt denselben sowie jede Unterhandlung darüber, wieviel es Ungarn etwa beliebe, von dem Grundgesetze für die Reichsvertretung anzunehmen oder zu verwerfen, vollkommen aus. Das Diplom vom 20. October 1860 hat die Grundbedingungen aufgestellt, unter welchen in Ungarn „im Sinne seiner früheren Verfassung“ alle jene Gesetzgebungsangelegenheiten erledigt werden sollen, welche nicht zu den in Punkt II. des Diploms aufgezählten allgemeinen Reichsgesetzgebungsangelegenheiten gehören. Diese Bedingungen sind: 1) Die „gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben für die Sicherheit der Monarchie und die Wohlfahrt ihrer einzelnen Länder.“ Hieburch wird nothwendig die Repräsentation jener Institutionen ausgeschlossen, welche in Ungarn durch die sogenannten Gesetze von 1848 geschaffen worden waren, soweit sie „die gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben der Monarchie“ hindern, namentlich ein eigenes selbstständiges ungarisches Ministerium, die über große Macht des Palats neben einer fast auf den Nullpunkt reducirten Macht des Königs. 2) Die Beschickung des Reichsrathes durch den ungarischen Landtag in der von dem Kaiser festgesetzten Mitgliederzahl. — Das kaiserliche Diplom, welches diese Bedingungen enthält, ist ein ewiges, welches die Bevölkerung der Monarchie gleichmäßig sowohl berechtigt als auch verpflichtendes Staatsgrundgesetz, und bildet sonach auch für Ungarn den Rechtsboden, der es irgend zu bezweifeln oder in Abrede zu stellen gar nicht Zug hat. Das Grundgesetz für den Reichsrath enthält die Norm und Form, unter welcher derselbe in das Leben zu treten und zu wirken hat, paricipirt an der staatsrechtlichen Natur des Diploms vom 20. October, bildet nach VII. des kaiserlichen Patentes vom 26. Febr. einen integrierenden Theil der Verfassung, und wird durch I. eben dieses Patentes mit der Kraft eines Staatsgrundgesetzes für die Gesamtheit der Königreiche und Länder der österreichischen Monarchie ausgerufen. Es ist auch das Reichsrathesstatut für Ungarn unbedingt obligatorisch, und es können daher keine Unterhandlungen darüber stattfinden, ob es demselben Gehorsam leisten wolle oder nicht, es ist zum Gehorsam verpflichtet. Wer das Gegentheil behauptet, tustet die Berechti-

gung des Urhebers des Diploms und des Grundgesetzes für die Reichsvertretung in Bezug auf Ungarn an. Diese Berechtigung ist aber sonnenklar, ist äußerst leicht nachzuweisen, nur daß mit dem Nachweis traurige Erinnerungen verbunden sind, die wir für jetzt noch nicht aufzählen wollen.

△ Kraukau, 20. März.

Kirchen und Parochien sind die Redouten und Schanzen im Kampfe mit der Armuth; auf ihnen müssen die Standarten der Barmherzigkeit aufgezogen werden. Dieser Ausspruch Josef Leopoldskis, des bekannten unermüdlich wirkenden Archäologen, dem die polnische Literatur zahlreiche schätzenswerthe Arbeiten, und die „Krauk. Btg.“ den vielcitirten Aufsatz „Kraukau und Nürnberg“ verdankt, bildet den Kern seines neuesten Feuilletons im „Gaz.“ über die Armen- und Wohlthätigen-Institute in Kraukau, eines weiteren Abschnittes der von ihm periodisch gelieferten Bilder „Aus der Vergangenheit“, dessen zeitgemäße und edle Intention wir durch nachfolgenden Auszug zu unterstützen wünschen. Schon in dem ersten Jahre des XIII. Jahrhunderts sind Spuren von stehenden reich dotirten und weise organisirten Kraukauer Wohlthätigen Anstalten. Mehr als zehn derselben existirten hier zu gleicher Zeit und zu verschiedenen Zwecken. Die Barmherzige Bruderschaft hat, seit 1584 bestehend, zum Zweck die Ertheilung von geheimen Almosen an verschämte Arme, Ausstreuen für arme Bräute und jenseitigen Anlehen gegen Deposit. Für die Vortrefflichkeit ihrer Organisation spricht die Heiligkeit ihres Gründers Skarga und ihre dreihundertjährige Dauer. Der Grundgedanke derselben ist die Gruppierung ihrer ganzen Wirksamkeit um die Kirche und den Pfarrer der Parochie und Concentrirung aller Werke der Barmherzigkeit durch die Pfarrgeistlichen in der Person des Bischofs. Hierin liegt das Geheimniß der Dauer und Wirksamkeit aller von der Vergangenheit zur Unterstützung der Nothdürftigen überkommenen Institutionen. Der Wohlthätige wird Gott ähnlich, im Armen ist Christus unter uns, der redliche Arme ist gleichsam eine religiöse Nothwendigkeit, wie geboren in der Kirche und untrennbar vom Glauben und Evangelium. In protestantischen Ländern ist der Bettler am Kirchenthor nicht gelitten. Wie die Sperlinge in Preußen und die Wölfe in Großbritannien will man dort durch Polizeiordnung die Armuth austrotten. An der Kirche sind sie cassirt, dafür mehrten die Fabriken das Proletariat oder treibt es das Elend in die amerikanischen Wälder. Die politische Gemeinde hat für die Armen zumeist Nahrung und Unterkommen in der Arrestantenstube, die Kirche aber das Almosen, mit dem der Gebet sich den Himmel erkaufte. Die mildthätigen Institutionen, welche der Kraukauer Senat nach Bildung der Republik vorfand, vereinigte sich zu der Wohlthätigen Gesellschaft, die an 300 Arme unterhält und im Jahre 1859 ein Einkommen von 269,446 fl. p. zählte. Eine zweite Anstalt in großem Maßstab ist die barmherzige Erzbruderschaft und Skarga's Armenbank, mit welchem sich gleichfalls mehrere andere Bruderschaften und Fonds vereinigen. Die ersten 8 Jahre hindurch hatte erstere über eine halbe Million fl. p. Einkommen und verwendet in Almosen jährlich an 40,000 fl. p. Zu den vielen mildthätigen öffentlichen und Privatanstalten der Stadt sind zu rechnen: Stipendien, Dotirungen und Brien für die arme Jugend, Epistolar, Unterstützungen des Kathedralcapitel ausgetheilte Gaben; oft bereitete Nahrungssuppen, die Bäckerei für wohlfeiles Brot, die in den Almosenlosen vertheilte Nahrung und die Fonds für Reconvalescenten; die Kirchenstiftungen zum Unterhalt alter Leute und Krüppel, die bei Abfällen an Bettler ausgetheilten Gaben, die Sparkasse; ferner die Barmherzigen Schwestern, Bonifratren, der St. Vincenz-Verein, die Wohlthätigkeitsinstitutionen der Israeliten auf dem Kazimierz; die neulich besonders erwähnte Anstalt für verwahrloste Kinder unter Verwaltung der Fratesen, welche an 40 Knaben versorgt, die Näbansstalt, welche über 110 Mädchen Verbiens gibt; die Kinderbewahranstalten, in denen gegen 100 Kinder Unterricht und Unterkommen finden. Die Rudolfs-Stiftung verfügt über ein Kapital von 12000 fl. pol. und unterstützt heruntergekommene und beginnende Handwerker. Ohne die Ausgaben zu rechnen, welche die Polizei für arretirte Bettler hat, bestimmt der Kraukauer Magistrat jährlich gegen 14,000 fl. p. für Arme, womit er ihnen Unterkommen sichert, sie mit Brot versieht oder anderen schwach dotirten Institutionen zu Hilfe kommt. Gegenwärtig soll noch ein neues oder vielmehr erneutes Stadthaus für Unterkommen

und Arbeit ersuchen. Der Magistrat hat bereits ein Comité ad hoc gebildet, das an den Statuten und der Organisation deselben arbeitet. Eine imponierende Summe bilden die Bissen des ganzen Kapitals, das Vergangenen und Gegenwärtigen für die Armen in Krakau gesammelt. Graf Hans Zakuski ist eben jetzt mit der mühevollen und verdienstlichen Arbeit einer solchen Zusammenstellung beschäftigt. Die Krakauer Wohlthätigkeit hat ihre Historiographen in dem Präses der Wohlthätigen Gesellschaft Senator K. Soszowski und deren Secretär J. Giebocki. Es gibt außer G. d. gaben noch ein Almosen der Einsicht, Arbeit, des Herzens, auf dem Fundament der von genannten Männern dargebotenen Materialien läßt sich bei Vereinigung der Bestrebungen und Energie weiter bauen in der dringenden Angelegenheit einer Rathschaffung zur Abhilfe der täglich sich mehrenden Armuth, welche in Gestalt zahlreicher Bettler die Straßen der Stadt vor Augen führen.

Die Kirche und Parochie ist jene einzige Fahne, unter deren Umdie die Armenstiftungen bis jetzt ihre Sicherheit gefunden und auch ferner finden können. Die Wirksamkeit in dieser Richtung wird auch für Abhilfe des erwähnten Uebelsandes die heilamsten Früchte tragen. Bei der Kirche und in der Parochie wäre die natürliche Centralisirung aller Wohlthätigen Anstalten zu finden. Eine solche geistliche Oebhut der Armen, sich um den gruppieren, der auch die Gewissen seiner Pfarrer kennt, schließt jedoch keineswegs auf sich, welche, aus der Mitte der ehrenwerthen Bürger gewählt, das Elend der Armen zu lindern berufen sind. Eine Vererbung aller versammelten Oberen der hiesigen wohlthätigen Institute könnte, ohne Abänderung der Statute, eine Vereinigung ihrer Thätigkeiten mit der Wirksamkeit der Pfarrer und Insassen der Parochien feststellen. Der „Gazet“ hat in demselben Sinne vielfach das Wort ergriffen in einer Reihe von Artikeln, deren Hauptgedanken sich in folgendem aussprechen läßt: Eine weltliche Unterstützung der Parochien durch Bildung von Parochie-Räthen würde ungemein nützlich und für die Richtung mildthätiger Bestrebungen sowie für Abhilfe der sich mehrenden Armuth höchst erfolgreiche Institutionen schaffen — vielleicht die einzigen, über deren Organisation man sich nicht den Kopf zu zerbrechen braucht, denn ihre Grundlage hat bereits die Kirche bedacht. Die Armuth zu kasiren ist unmöglich. Arme wird es in Ewigkeit geben. Es handelt sich darum, dem wirklichen Elend durch rechtzeitige Hilfe zuvorkommen, Vagabunden des Handwerks zu legen und auch für sie zweckmäßig zu sorgen, die Armuth durch Almosen zu lindern. Dahin streben alle so zahlreichen wohlthätigen Anstalten der Stadt. Wenn sie sich, ohne Aenderung in ihren speciellen Richtungen, moralisch vereinigen zu dem ihnen gemeinsamen Zwecke, so werden sie kräftiger und erfolgreicher wirken können. Eine solche Vereinigung hat eigentlicher die Parochie als die Gemeinde zum Wahrzeichen.

Das Beispiel dafür, wo der Angelpunkt für diese Bestrebungen zu suchen, lehrt die Vergangenheit in zahlreichen Reminiscenzen, in denen sich das hohe Verständnis von der Heiligkeit der Armuth durch Tradition wie in Denkmälern erhalten hat. Als der Krakauer Akademiker Jan Kanty (St. Johann v. Kent) im J. 1473 starb, beschloß man, seine Stube soll fortan keines weltlichen Wohnung mehr sein. Man überließ sie einem Armen zur Unterkunft, bis der Heilige auf den Altar erhoben wäre. Dieser Bettler soß mit den Professoren an dem gemeinschaftlichen Mahle und wenn er im Collegium majus in den Saal trat, pflegte wer ihn zuerst erblickte zu verkünden: „Der Arme ist da“, worauf der Rector der Jagiellonischen Alma Mater sich erhob und den Gast mit dem Gruß empfing: Chrystus z nami (Christ mit uns). Im Jahre 1817 übergab der Krakauer Senat die königlichen Zimmer auf dem Wawel der Armuth zum Unterkommen. So hatten Könige, Heilige und Arme, wie nach dem Tod, schon bei Lebzeiten in Krakau, nach J. Szyski's neulichem Dichter-Wort „dem Herzen und der Urne“ des Landes, dieselbe Wohnung.

In einem, die Einführung der polnischen Sprache in der Jagiellonischen Universität besprechenden Beirath des „Gazet“ finden wir Näheres über den Erfolg der erwähnten in dieser Angelegenheit unlängst nach Wien gegangenen Deputation, welche von Sr. Majestät dem Kaiser in Audienz empfangen worden ist. „Es ist mir angenehm — sagte Sr. Majestät — daß ich der Krakauer Universität jene Einrichtungen habe geben können, welche durch ihre eigenthümlichen Verhältnisse gerechtfertigt sind.“ In weiterer Ausföhrung empfahl Sr. Majestät dem Senat, über die akademische Disziplin zu wachen, der Jugend, sich den akademischen Verordnungen gemäß ruhig und bescheiden zu verhalten. Der Herr Staatsminister wiederholte in der von ihm ertheilten Audienz die in seinem Rundschreiben dargelegten Grundsätze, daß er keiner Nationalität eine fremde Sprache aufzudrängen gedenke, er vielmehr der Meinung sei, daß eine jede sich so viel als möglich in ihrer eigenen zu bilden habe. Seine Excellenz empfing die Deputation mit der ihm eigenen Offenheit und Leutseligkeit und wiederholte dabei die Ermahnungen an die Jugend sich der Wissenschaft hinzugeben, deren Unterricht sie jetzt — zufolge des Ministerialrescript vom 13. Febr. d. J. — theilweise in der Vaterprache genießen wird. Der Zweck dieser Deputation war eben, Sr. Majestät für die durch jenes Rescript angebahnte Einführung der polnischen Sprache in der Universität zu danken und sodann Sr. Excell. den Herrn Staatsminister um Durchföhrung der Anträge zu ersuchen, welche nothwendig zur baldigsten Verwirklichung der neuen Sprachverordnung. In diesen handelte es sich hauptsächlich darum, daß schon mit Beginn des Sommersemesters alle Rathgeber

mit Professoren besetzt würden, welche der polnischen Sprache vollkommen mächtig sind.

Die Gesetze, Verordnungen und Normal-Entscheidungen in Angelegenheit der Staatsschuld, der directen und indirecten Besteuerung, der Staatsmonopole und Regalien, der Domänen, Forst- und Montan-Verwaltung berühren so vielfache Interessen, daß für deren allgemeines Bekanntwerden in jeder Weise gesorgt werden muß. — Es wurde daher der Bezug des „Verordnungsblattes für den Dienstbereich des österreichischen Finanzministeriums“ nicht auf die Behörden und Organe der Finanz-Verwaltung beschränkt, sondern die Pränumeration auf dasselbe Jedermann freigestellt und die Beschaffung deselben durch die Festsetzung eines äußerst mäßigen Pränumerationspreises erleichtert.

Es kostet nämlich der Jahrgang für Wien nur 2 fl., für die Kronländer mit portofreier Zusendung nur 2 fl. 60 kr. Die Pränumerationen werden in Wien bei der k. k. Zeitungs-Expedition (alter Fleischmarkt, im Postgebäude) auswärts bei allen k. k. Postämtern angenommen. — Größeren Grundbesitzern, Kaufleuten und Fabrikanten wird das Verordnungsblatt des Finanz-Ministeriums in sehr vielen Fällen vom großen Nutzen sein und sie vor manchen Nachtheilen bewahren, zumal sie daraus auch die Vollzugs-Vorschriften kennen lernen.

Durch ein zweckmäßig geordnetes Inhalts-Verzeichnis wird die Auffindung einzelner Gesetze, Verordnungen und Erläuterungen wesentlich erleichtert.

Österreichische Monarchie.

Wien, 19. März. Se. Maj. der Kaiser hat gestern Vormittags zahlreiche Audienzen ertheilt, sodann dem Herrn Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer, den Herrn Staatsrath-Präsidenten, den Herrn FML. Grafen v. Montenuovo u. A. m. empfangen.

Se. Hoh. der Herr Großherzog von Toskana wird heute nach Dresden abreisen.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Leopold sind von Wien kommend am 15. d. in Wien eingetroffen.

Se. Excellenz der Herr Staatsminister Ritter von Schmerling hat das Ehrenbürgerrecht in Troppau angenommen. Auch die Stadt Mies (Böhmen) hat beschloffen, Sr. Excellenz dem Staatsminister das Ehrenbürgerrecht anzutragen.

Drei Wahlkreise der innern Stadt, die zusammen über 1000 Stimmen zählen, haben sich über die Liste des liberalen Wahlvereins verständigt und die fünf Kandidaten desselben acceptirt: J. N. Berger, Superintendent Franz, Ignaz Kuranda, Megerle v. Mühlfeld, Staatsminister v. Schmerling. Die Aufnahme Sr. Excellenz in die Wählerliste war in einer von zahlreichen liberalen Wählern gestern gehaltenen Versammlung einhellig beschloffen worden.

Im Bezirke Hising (Schönhof, Purkersdorf Mödling) wurden bei der heute stattgefundenen Landtagswahl 116 Stimmen abgegeben; gewählt wurden Dr. Rudolf Brestl mit 88; auf Minister Pratoberverarsien 26, auf Dr. Steiner 2 Stimmen.

In Klosterneuburg wurde Joseph Freiherr v. Kalchberg, in Wiener Neustadt Baron Dolblichhof einstimmig mittels Akklamation zum Landtags-Deputirten gewählt.

Der Bischof von Siebenbürgen Herr Ludwig Haynald ist hier angekommen, hatte gestern Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser und wird bis zur Eröffnung des Landtages in Wien verbleiben.

Se. Eminenz der hochw. Kardinal-Erzbischof von Agram v. Haulik hat an Se. Majestät den Kaiser nachstehendes Schreiben gerichtet, in welchem er zur a. b. Kenntniß bringt, daß er aus Anlaß seines in kurzer Zeit (am 6. Mai) bevorstehenden fünfzigjährigen Priesterjubiläums sich entschlossen habe, über den Stand seines Vermögens sich eine genauere Uebersicht vorzunehmen und über jenen Theil desselben, der nach Vollstreckung seines größtentheils frommen Zwecken gewidmeten Testaments wahrscheinlich erübrigen dürfte, zum Frommen der Armen seiner Diocese zu verfügen. Von der auf 80,000 fl. veranschlagten Summe sollen der Stadt Warasdin 12,000 fl., der Stadt Karlsbad 12,000 fl., der Stadt Pozeß 10,000 fl., der Stadt Kreutz 8,000 fl., der Stadt Kopreinitz 8,000 fl., dann den vier Stabsorten der zur Agramer Diocese gehörigen Militärgränge, nämlich: Belovar, Neugradiska, Patrigna und Slunia sammt dem vollkreiden Orte St. Georgen je 6000 fl. und die entfallenden Interessen jährlich gewissenhaft an Piusarme der betreffenden Kommunen ohne Religionsunterschied vertheilt werden, „weil die christliche Liebe in diesem Betrach keinen Unterschied kennt.“

Wegen Abdruckes einer nachher verbotenen freimüthigen Broschüre in der „Morgenpost“ wurde seinerzeit vom hiesigen Landesgerichte in Straffachen die Voruntersuchung eingeleitet und sohin nach §. 197 a) St. P. D. wegen Mangel eines Thatbestandes eingestellt. Gegen diesen Einstellungsbeschuß legte die Staatsanwaltschaft die Berufung ein, indem sie in dem Inhalte der nachgedruckten Broschüre das Verbrechen der Majestätsbeleidigung und der Störung der öffentlichen Ruhe erblickte. In Folge dessen ordnete das k. k. Obergerichtsgericht weitere Erhebungen an, auf Grund welcher das k. k. Landesgericht nunmehr neuerdings einen Einstellungsbeschuß faßte.

Der halböffentliche Pester Sörgöngy meldet: „Se. Erz. der Lovernikus wird heute (Sonntag) aus Wien zurück erwartet. Der Juxta Curiae wird noch einige Tage daselbst verweilen. Baron Sennyay ist gestern Abends hier angekommen. Die wichtigen Regierungs-Conferenzen, die diese Tage in Wien stattfanden und

denen die Nation in so gespannter Erwartung entgegen sieht, sind beendet, doch können ihre Resultate vorläufig noch nicht bekannt sein. Indes können wir doch die beruhigende Anzeige machen, daß der glückliche Ausgang unserer Sache von der Haltung unseres demächst zusammentretenden Landtags abhängen wird, der, wie es die Stimmung der letzten Tage zweifellos erkennen läßt, gewiß der Wichtigkeit des großen Augenblicks und der Würde der Nation entsprechend, besonnen sein wird.“

„Sörgöngy“ nimmt den 15. März zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß die Gesetze vom Jahre 1848 nur die Furcht vor dem Wiener Absolutismus formulirt habe. Diese Gesetze hätten die große Lücke gehabt, daß sie die Gesamtstaatsinteressen unberücksichtigt ließen. Diese verletzten Interessen hätten auch den Kampf hervorgerufen, der bei Vilagos sein Ende gefunden. Das October-Diplom habe ein allseitig befriedigendes Compromiß angebahnt, da aber Ungarn allseits wieder die Gesetze vom Jahre 1848 zur Parole genommen, seien die Erlasse vom 26. Februar als Ausdruck der Befürchtungen, welche diese Parole und sonstigen Uebertreibungen angeregt, erschienen. Diese Erlasse seien aber in Ungarn unausführbar, das allgemeine Schwanken werde daher erst dann ein Ende finden, wenn ein Compromiß zu Stande kommt, das einerseits Ungarn gerne annimmt, und andererseits die Gesamtstaatsinteressen befriedigt.“

Die in Prag weilenden Polen veranstalteten am 12. d. in der Pfarrkirche zu St. Agid ein stilles Requiem für ihre in Warschau gefallenen Landsleute. Der Todtenfeier wohnten auch viele tschechische Studenten und mehrere Damen zumeist in Trauerkleidern bei.

Der neue Stadtrath von Piest hat in seiner ersten Sitzung am 18. d. beschloffen, die Regierung um Gestattung der Oeffentlichkeit der Sitzungen zu ersuchen.

Aus Venedig 15. März wird der „Süd. Post“ geschrieben: „Viel Lärm um nichts“ ist der Titel der Komödie, die gestern in Venedig aufgeführt werden sollte. Eine Reihe der gewöhnlichen Demonstrationen sollte zur Feier des Nationalfestes stattfinden, das in Turin an des Königs Geburtstag, der zugleich der feierlichen Proklamation zum Könige von Italien ist, gefeiert wurde. Die unsichtbaren und bisher ungreifbaren Comitès hatten anbefohlen, die Läden in der Lagunenstadt wie in den Hauptorten der Provinzen geschlossen zu halten und überhaupt den Tag so feierlich zu begehen als nur immer möglich — durch festlichen Spaziergang, während, schreit es, das sich Ergeben wenigstens den Damen gewissermaßen verboten (soweit durch zahlreichen Theaterbesuch und dergleichen Dinge mehr. Doch die Sicherheitsbehörde ließ die Lädenbesitzer vorrufen und bedeutete ihnen auf eine eindringliche Weise, die hier nie ihre Wirkung verfehlt, nämlich durch Androhung, sie würden Strafen zahlen müssen, ihrem Geschäfte wie gewöhnlich nachzugehen. Die geheime Behörde („loro“) würden die Spitzbärtigen sagen) bedrohte hierauf diejenigen, welche dem Befehl der Behörde Folge leisten würden, mit noch empfindlicher Geldstrafe (welche einzubezahlen natürlich Macht und Gelegenheit fehlt) und nebenbei mit einer „grandiosa vendetta“, wobei nicht gesagt war, worin diese eigentlich bestehen würde. Die armen Leute, von denen wir gerne glauben, daß sie sich in einem argen Dilemma befanden und mit Spannung den Moment erwarteten, an welchem die Kaufläden zu öffnen waren! Es fanden sich denn Solche, die ohne Scheu den Anfang machten, und bald sah man alle Läden geöffnet und, wohl zum großen Leidwesen der „Arrabati“, die Stadt im simplen Werktagskleide; nur mochten eine Viertelstunde — die der Unsicherheit und des Zwartens — später die Geschäfte in Gang kommen. Es machte somit dieser Theil der beabsichtigten Demonstration sowie alle übrigen ein solennes Fiasko, denn die Venedianer sind, wie schon öfter bemerkt worden, ein gefügiges, wohl erzogenes Volk, das sich in das Wuthschreien einiger nicht recht hineinbegeben kann. Vorsichtsmaßregeln waren freilich hinreichend getroffen, so viel aber bisher zu unserer Kenntniß gelangt ist, erwies sich nirgends die praktische Anwendung derselben nöthig. Im Sottoportico de' Preti, einem jener schmalen „freiwilligen Durchgänge“, wie man in Wien sagt, prangte während einiger Nachtstunden in tiefer Behideinheit ein dreifarbiges Fähnlein, roh aus Papier gemacht, mit der obigen Aufschrift: „Viva Vittorio Emanuele!“ das bald verschwand, und hin und wieder wurden solche auch in die Häuser geschleudert. Das ist die ganze Geschichte der so imposanten Viktor Emanuel-Demonstration, von der so viel Aufhebens gemacht wurde und auf welche die Perseveranza ihre Leser eigens als auf ein Ereigniß aufmerksam zu machen fand und worüber gewiß in Piemontesischen Blättern haarsträubende Dinge werden zu lesen sein.

Deutschland.

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat wie erwähnt in ihrer Sitzung vom 16. d. das Concordat verworfen. Obwohl von allen Schattierungen der Kammer anerkannt wurde, daß eine Regelung der Verhältnisse zwischen der katholischen Kirche und dem Staat endlich herbeigeföhrt werden sollte, und obwohl allseitig dieser Kirche gern eine selbständige Stellung eingeräumt worden wäre, war man doch über das Schicksal der Convention keinen Augenblick im Zweifel. Es sprach sich ja doch schon der Mehrheitsbericht der staatsrechtlichen Commission dahin aus, daß sie als bindender Vertrag nicht anerkannt werden könne! Indessen sollten nach der Commissionmehrheit die einzelnen Punkte der Uebereinkunft auf dem Wege der Landesgesetzgebung nach ständischer Beratung und Annahme eingeföhrt werden, während die Minderheit der Commission beantragte, die ganze Convention als null und nichtig zu erklären, und das Ministerium zu veranlassen, alle jene Bestimmungen, die bereits auf dem Verordnungswege in's Leben gerufen wurden, außer Wirkung zu setzen. Vergeltens zeigten die Mi-

nister des Cultus und des Inneren, daß bei Annahme des Majoritätsantrages (dem sie sich bereitwillig anschloffen, um wenigstens den Boden der Uebereinkunft mit Rom zu retten, und später auf demselben fortbauen zu können) die Kammer sich in keiner Weise binde, daß sie durch Stellung von Amendements es ganz in ihrer Hand habe, die hierdurch hervorgerufene Landesgesetzgebung nach ihrem Sinne festzusetzen, daß sie irgend eine bindende Vertragsnorm durch Rechtsverwahrungen beseitigen könne: der Antrag der Minorität siegte nach fünftägigen Debatten mit der großen Mehrheit von 63 gegen 27 Stimmen. Die alten unerquicklichen Zustände sind dadurch wiederhergestellt, und es ist nicht abzusehen, wann sie ihr Ende erreichen werden; denn daß unter solchen Umständen die römische Curie alle jene nicht unbedeutenden Concessionen zurücknehmen werde, welche sie der Regierung zugestanden hatte, um auf dem Wege einer billigen Uebereinkunft die kirchlichen Zustände zu ordnen, ist wohl Jedem begreiflich. Auf den Bestand des württembergischen Ministeriums hat die Sache jedoch keinen Einfluß; und man müßte sich sehr irren, wenn nicht allmählich durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen dennoch der Zustand der katholischen Kirche herbeigeföhrt werden sollte, der ganz dem Sinne und Geiste der abgeschlossenen Convention entspricht. Was ist aber hierdurch gewonnen? Nichts; dagegen ist manch kostbare Zeit verloren, und an die Stelle einer Convention tritt wie der Abg. Wieser richtig sagte, eine ganze Reihe von Conventionen.

Die Mitglieder der außerordentlichen Zoll-Ver-eins-Conferenz, die bekanntlich seit einiger Wochen in Berlin tagt, um über Bonification für Rüben-zucker beim Export und Herabsetzung der Steuer auf indischen Zucker beim Import zu beraten, werden in den nächsten Tagen für die Festzeit auseinandergehen. Nach Ostern werden die Bevollmächtigten dort wieder zusammentreten. Daß alsdann die preussischen Vorlagen zur Annahme gelangen, wird gehofft, ist aber zur Zeit noch keineswegs sicher.

Eine Vorlage in Betreff der gesetzlichen Regelung des Sprachrechts in der Provinz Posen wird, wie die „N. P. Z.“ mittheilt, nach den neuesten Beschlüssen des Staatsministers in der gegenwärtigen Session nicht erfolgen.

Wie im Königreich Polen, haben auch die polnischen Bewohner des Großherzogthums Posen bekanntlich seit längerer Zeit sich ziemlich lebhaft an landwirthschaftlichen Vereinen betheiligt. In jüngster Zeit aber sind dort wie wir in der N. P. Ztg. lesen eine Menge von geselligen Vereinen gebildet worden, zu welchen auch die Bauern Einladungen erhalten.

Frankreich.

Paris, 16. März. Der „Moniteur“ meldet heute, wie bereits telegraphirt, daß in einer gestern gehaltenen Conferenz die Fortdauer der europäischen Occupation Syriens um 3 Monate, also bis zum 5. Juni d. J. beschloffen worden ist und daß das von den Bevollmächtigten Frankreichs, Oesterreichs, Englands, Preussens, Russlands und der Türkei unterzeichnete Protocol am nächsten Dienstag in eine Convention verandelt werden soll. Heute ist der kaiserliche Prinz 5 Jahre alt. In die Waisenföhrung, deren Patron er ist, sind zur Feier dieses Tages wieder neun Kinder aufgenommen worden. Im jetzt verfloffenen Jahre hat diese Stiftung eine Einnahme von 61.797 Fr. 62 C. (von 44.300 Fr. fest sind) und eine Ausgabe von 59.440 Fr. 81 C. gehabt. Die Zahl der unterstühten Waisen ist gegenwärtig 210, außerdem stehen 40 junge Arbeiter unter dem Patronat der Stiftung. Gräfin Persigny hat der Anstalt heute 4000 Fr. geschenkt. — Der „Constitutionnel“ erklärt sich bevollmächtigt, zu sagen, daß alle Gerüchte, als werde Herr Mocquard sein Amt als Secretär des Kaisers und Cabinets-Chef verlassen, unbegründet seien. — Bei dem heute in der Madaleine gehaltenen Trauergottesdienste für die in Warschau gefallenen Polen hielt der Abbé Deguerry, Pfarrer der genannten Kirche, eine Rede, worin derselbe die Warschauer Demonstration als einen entscheidenden moralischen Sieg darstellte. Die ministeriellen Journale sind bedeutend worden, von dieser Kundegebung nichts zu erwähnen. Der „Illustration“ wurde unterlagt, eine Abbildung der Warschauer Scenen zu geben. Sie bringt ein weniger demonstratives Bild, jedoch ohne erläuternden Text. — Der „Flotten-Moniteur“ widerlegt das Gerücht, daß der Marineminister Befehl gegeben habe, in den verschiedenen Häfen unverzüglich sämtliche Schraubenschiffe auszurüsten.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 4. d. hat, wie erwähnt, die Special-Debatte begonnen, und Jules Favre und Olivier haben den Angriff gegen die innere Politik des Kaisers eingeleitet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Reden in ganz Frankreich den tiefsten Eindruck machen. Die kaiserlichen Minister und die höheren Würdenträger sind außer sich vor Zorn. Jules Favre erhält zuerst das Wort, um das (bereits mitgetheilte) demokratische Amendement zu begründen. Seit zehn Jahren, sagt er, sei die Regierung auf keinen ernstlichen Widerstand gestoßen und habe die größten Fragen allein entschieden. Ob aber immer in Uebereinstimmung mit dem Willen der Nation? Er müsse behaupten, daß dies nicht immer der Fall gewesen sei; in der italienischen Frage z. B. würde der gesetzgebende Körper, gewiß anderer Ansicht gewesen sein (Widerspruch). Er sei aber nicht gefragt worden; die Regierung habe ganz souverain gehandelt und Alles aufgeboten, die Wahlagitationen und jede selbstständige Meinungsäußerung unmöglich zu machen (Widerspruch). Die aufschüttelnde Regierung habe dann in ganz Europa die Lehre vom Volkerecht verbreitet, die Verträge von 1815 zerföhren, das Ansehen der alten Monarchien zerstört. Frankreich könne aber nicht ewig der uneigennütigen Apostel der Freiheit Anderer sein, ohne auch selbst frei zu werden. Wie seine auswärtige Politik müsse nun auch seine innere freisinnig werden. Es sei nicht genug, daß die Kammer um ihre Mei-

nung befragt werde; sie müsse auch in einem Conflict mit der Regierung das Recht haben, eine Aenderung der Politik oder des Cabinets zu fordern (Värm und Eachen.) Man höre fortwährend amtlich versichern, Frankreich stehe auf der Volks-Souveränität, auf den Ideen von 1789; im Innern sei aber davon nichts zu spüren. Wo sei die persönliche Freiheit? wo die Rede-, Schreib- und Press-Freiheit? wo die Religions-, Versammlungs- und Petitions-Freiheit? Das Ausnahmengesetz vom 25. Februar 1858 müsse abgeschafft werden. Die Municipal-Behörden müssen selbstständiger dastehen, denn jetzt seien die Maires nichts weiter als gehorsame Agenten der Regierung (Värm) und officielle Wärter des Wahlschäfts. In der Verfassung stehe nichts davon, daß die Regierung ihre Candidaten in die Kammer bringen müsse; wie es jetzt stehe, sei die ganze Beamten-Armee darauf abgerichtet, die Wahlen zu Gunsten der Regierung zu lenken. Es gebe gar kein freies Wahlrecht mehr. Der Redner führt eine Reihe von Beispielen vor, wie die Regierung auf die Wahlen amtlichen Druck ausgeübt, und geht dann auf die herrschende Press-Unfreiheit über. Das Belieben des Ministers habe den „Courrier du Dimanche“ vorwarnen und dessen Redacteur, weil er ein Ausländer, aus dem Lande getrieben. Das Belieben des Ministers habe die Anträge Olivier's und Deuillot's, Zeitungen gründen zu dürfen, einfach abgewiesen: sit pro ratione voluntas! Solche Abscheulichkeiten, wie sie in der Mires'schen Affaire an den Tag gekommen, würden unmöglich sein, wenn die Presse wirklich frei wäre. Der Redner schließt mit den Worten: „Es hat sich in Frankreich eine große Anschauung gestaltet, die alle anderen beherrscht: die freisinnige; sie dürstet nach Bürgerschaften und verabscheut alle Knechtschaft, alle Gewaltherrschaft. Diese große Partei besteht aus allen denen, die da arbeiten, die Intelligenz haben, die das rothe Banner bekämpfen, in dessen Falten sie die Worte Dictator und Knechtschaft la en, die keine Unterdrückung wollen, von wo sie auch komme, von der Straße oder vom Throne.“ (Värm und Bewegung, so daß die Sitzung eine Weile aussetzt werden muß.) Darauf erhebt sich Baroche, um vom Regierungs-Standpunkte alles, was Favre vorgebracht hat, zu widerlegen und das Amendement abzuweisen. Darauf spricht Olivier für volle Pressfreiheit und fordert, daß die Presse unter dem Gesetz, nicht unter der Verwaltung stehe, nicht censur, sondern gerichtet werde. Noch nie sei eine Regierung durch die Presse zu Fall gekommen. Tags zuvor habe Minister Villault geäußert, daß Regierungen nur durch eigene Schuld fallen; das sei ganz richtig. Als Napoleon, von Elba kommend, wieder in den Tuilerien war, rief er Benjamin Constant, seinen Feind, zu sich und sagte zu ihm: „Definitive Verhandlungen, freie Wahlen, verantwortliche Minister, vor Alim Pressfreiheit, das will ich; die Presse erlösen, ist Unsin.“ Man schreitet zur Abstimmung. Das Amendement wird verworfen, der erste Absatz der Adresse aber angenommen.

Nach einem Pariser Brief des „Bat.“ wurde Hr. Olivier nach der Sitzung in die Tuilerien gerufen, wo er lange Unterredung mit dem Kaiser gehabt haben soll.

Die Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 15. d. begann damit, daß Herr de Chazelles sich über die Moniteurberichte beschwerte, welche immer ausdrücklich bemerken, ob ein Redner frei gesprochen oder abgelesen habe. Das sei um so ehrenrühriger, als man bereits so weit gehe, zu sagen, die Deputirten, welche ablasen, hätten sich ihre Rede von Andern machen lassen, was doch für Manche gewiß nicht gelten könne. (Gelächter.) Mehrere Stimmen rufen, es könne für keinen gelten, und Herr Darimon stößt einen Ruf der Verwunderung aus, worauf wieder Gelächter entsteht. David Deschamps meint, der „Moniteur“ berichte ja nur die Wahrheit, wenn er die Redner als mit oder ohne Papier anführe. Der Präsident entscheidet schließlich, daß der „Moniteur“ nach wie vor registriren werde, ob Jemand frei gesprochen oder abgelesen habe. Der Ableser habe ja auch vor dem Freirechner den großen Vorzug, daß er seine Ansichten klarer überdacht und im Styl besser gefeilt vortrage, und wenn man die Regierung mit solchen sorgfältig zu Hause ausgearbeiteten Schriftstücken angreife, so solle es das Land auch wissen, daß diese Angriffe nicht in der lebhaften Erregung der Discussion improvisirt, sondern in der Sturdische dabei zugespitzt worden seien. Eine andere Beschwerde erhebt Herr Gellibert des Seguins. Vorgestern hatte nämlich Olivier gesagt: „Ich, der ich Republikaner bin“, und der Präsident war so freundlich gewesen, ihn nicht zur Ordnung zu rufen, sondern nur einfach zu bemerken: „Sie haben sich wohl zwischen gesprochen.“ Der Moniteurbericht hat diesen kleinen Zwischenfall ausgelassen, und der Präsident soll nun Rede stehen, warum. Er erklärt, Olivier's Rede sei so gemäßig gewesen und habe der Regierung so lobenswerthe Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es ihm billig erschienen sei, bei der Redaction des Berichtes jene Aeußerung zu unterdrücken. (Sehr gut!) Man geht darauf zur Adress-Debatte über. Die Abträge 2-8 werden angenommen. Beim 9. Absatz, welcher von der Industrie handelt, sprechen die Herren August Chevaller, Roubouin, Jules Brame, Pouyet's-Quertier und Schneider. Sie wollen wissen, ob der neue Handelsvertrag bestimmt am 1. October d. J. in Kraft trete und wie es mit dem belgischen Handelsvertrage stehe. Auf letztere Frage antwortete Baroche, daß man noch unterhandle; auf die erstere, daß noch nichts bestimmt sei, da die angestellten Untersuchungen widersprechende Resultate gegeben hätten. Zur Abstimmung über den Antrag kommt es nicht, da Jules Brame ein Amendement einbringen zu wollen erklärt.

In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers, vom 16. d. welcher der Prinz und die Prinzessin Napoleon beizubewohnen, wurde die Discussion über den Paragraphen 9 der Adresse (SS. 2-8 waren ohne Debatte angenommen) fortgesetzt, der bekanntlich dem Handels-

vertrage mit England gewidmet ist. Baroche, Präsident des Staatsrathes, erklärte, daß das Datum des 1. October, an dem der Vertrag mit England seine vollständige Ausführung erhalten solle, unter keinen Umständen geändert werden könne. Der einzige Beweggrund, der die Regierung veranlassen könnte, den Vertrag früher in Kraft treten zu lassen, würden die Reclamationen der Industrie sein. In diesem Falle würde dem gesetzgebenden Körper ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Herr Brame erklärte sich mit dieser Zusage befriedigt und zog sein Amendement zurück, worauf der 9. Paragraph angenommen wurde. Die Verammlung ging hierauf zur Discussion des 10. Paragraphen über, der im Interesse der landwirthschaftlichen, der industriellen und kommerziellen Production eine gewisse Ständigkeit in der Zollgesetzgebung verlangt. Derselbe wurde nach einer längeren Discussion, so wie ein dazu gestellter Verbesserungsantrag verworfen. Der 11. Paragraph, der seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß das Gleichgewicht des Budgets hergestellt ist und zugleich den Wunsch äußert, daß keine neue Steuer creirt werden möchte, gab zu einer längeren Discussion Anlaß. Darimon, einer der republikanischen Deputirten hat zu diesem Paragraphen den Verbesserungsantrag vertheidigt, bei der er das Wort des Budgets capitel- und artikelweise und nicht mehr per Ministerium verlangt. Der Redner fügte hinzu: ohne verschiedene Hilfsquellen die er als Auskunftsmitel bezeichnen müsse, werde das Budget mit einem Deficit von 139 Millionen statt eines Ueberschusses von 11 Millionen abschließen. Derselbe beklagt sich über die unvollständigen Auskünfte, die über das Budget gegeben würden. Dem gesetzgebenden Körper sei nicht klar genug, welche Mittel die Regierung gebrauche, um Finanzquellen zu eröffnen. Noch kürzlich habe sie vom Creditfoncier enorme Summen geliehen. Departemental- und Municipalrath hätten das der Kammer verweigerte Recht capitelweiser Bewilligung der Ausgaben. Wenn die Regierung die Frage ernstlich erwägen wolle, werde er sein Amendement zurückziehen. Darimon will es wieder aufnehmen.

Graf Morny geht doch mit den Herren Journalisten gar zu wenig gentlemanlike und gar zu sehr imperialistisch um. Zu den Sitzungen werden sie bekanntlich nicht zugelassen. Neuerlich hat er ihnen in einem Corridor eine Art von Verschlagnung angewiesen, wo die Hausleute, wie es scheint, sonst ihre Wirthschaftsintelligenz aufzubewahren pflegten und wohnen man über eine Bediententreppe, escalier de service, gelangt. In diesem Verschlagnung hocken sie auf einander. Von Zeit zu Zeit erscheint ein Angestellter, welcher ihnen den verkürzten Sitzungsbericht dictirt. Man kann sich leicht denken, welche Entrüstung hierüber herrscht.

Wir haben des neuen Briefes des Präfecten von Orleans erwähnt, in welchem dieser seinen Untergebenen verboten hatte, Umgang mit dem Bischof Monseigneur Dupanloup zu pflegen. Die Bekanntmachung dieses „sehr confidentiellen“ Schreibens hat die Regierung in Verlegenheit gesetzt, und sie hat begriffen, daß die Stellung des Präfecten ganz unhaltbar geworden sei, da die gebildeten Stände des Departements und selbst ein großer Theil der unteren Klassen sich bemühten, dem Bischof ihre Sympathieen kund zu geben. Der Präfect ist demnach verlegt worden; damit aber ja Niemand glaube, daß die Regierung sein „sehr confidentielles“ Rundschreiben tadelte, hat man ihn zum Ritter der Ehrenlegion ernannt, und aus seiner neuen Präfectur, welche bisher eine Präfectur zweiter Klasse war, eine Präfectur erster Klasse gemacht.

Rußland.

Nach Berichten aus Warschau vom 17. d. hat die Bürgerdelegation in ihrer jüngsten Sitzung, Angesichts der auf's Neue sich kundgebenden bestigen Erregung der Gemüther die Nothwendigkeit ausgesprochen, daß die vertraulich vorbehaltenen Reformen auf's Schnellste verfaßt und ausgeführt werden. Gleichzeitig ist der Vorstehende, General Pauluzzi ersucht worden, diese Ansicht zur Kenntniß des Fürsten-Statthalters zu bringen. Pauluzzi erklärte, diesem Wunsche der Delegation nachzukommen, obwohl er überzeugt sei, daß die Reformen ohnehin auf's Schnellste zur Ausführung gelangen würden. Die Delegation wiederholte sodann ihr Gesuch bezüglich der in der Citadelle noch zurückgehaltenen Gefangenen. General Pauluzzi sprach die Hoffnung aus, daß in kurzer Frist der Entscheid über dieselben gefällt sein werde. Mehrere Bürger sollen sich zum Fürsten-Statthalter begeben haben, um gegen den im kaiserl. Manuscript gebrauchten Ausdruck „einige Individuen“ zu protestiren, indem sie auf die zahllosen Unterschriften hinwiesen. Der Fürst erwiderte, daß er keine Unterschriften annehme, das Sammeln von Unterschriften fernerhin als aufführerisch ansehen und als Soldat zu strengen Mitteln greifen werde. Das Comité des landwirthschaftlichen Vereins, welches einen gleichen Protest erheben wollte, hat in Folge jener Antwort einen Ausschuss gewählt, der über die weiteren Schritte berathen solle.

Die Bürgerdelegation hat sich in ihrer Sitzung vom 16. mit der Beratung und Feststellung eines dem Fürsten zu machenden Vorschlags beschäftigt, wie die von Kriegsgerichten abzuurtheilenden politischen Angeklagten in Bezug auf die zwischen ihnen und ihren Richtern herrschende Sprachverschiedenheit sowie auf die geltenden Rechte des Königreichs zu behandeln seien. Die Kaufmannschaft berieht in äußerst zahlreich besuchter Versammlung einen Vorschlag ihres derzeitigen Vorstandes, Herrn Kaver Schlenker die im Jahre 1817 bei der Einführung des bestehenden kaufmännischen Corporationswesens getroffene Einrichtung, die Personalisten des Handelsstandes in zwei besonders geführten Büchern zu führen, deren eines die Christen, das andere die Juden ausschließlich enthält, von

nun an aufzugeben und zum Beweise der zwischen den Bekennern der zwei Religionen bei den jüngsten Ereignissen bewiesenen und von nun an herrschenden Gesinnung der Sympathie und Toleranz fürderhin nur ein Verzeichniß der Warschauer Kaufleute für alle Confessionen zu führen, wodurch die künftige Gleichberechtigung der Juden nicht unmittelbar, aber doch indirect erleichtert werden solle. In der diesem Antrage vorhergehenden Einleitungsrede warf der Herr Kaufmannsälteste einen Rückblick auf die Vorfälle der letzten Woche, bei denen das seit langer Zeit gefühlte Reformbedürfnis und eine erfreuliche Einigkeit der verschiedenen Stände, Klassen und Glaubensbekenntnisse der Bevölkerung hervorgetreten sei. Diese Einigkeit müsse vor Allem bewahrt werden, und nachdem der Adel in der Bauernfrage ein ihn ehrendes Zeugniß seines Gemeinsinnes gegeben, sei es nunmehr an dem Bürgerstande, diesem Beispiel folgend, die Vorurtheile gegen die israelitischen Collegen abzuschütteln und denselben brüderlich entgegenzukommen. Der Antrag des Vorstandes wurde nicht allein durch allgemeine Acclamationen angenommen, sondern auch auf Anregung des Herrn Maschinenfabrikanten Bobrownicki die Einladung an die industriellen Innungen und Zünfte hinzugefügt, in ihrem Kreise dieselbe Reform zu beantragen, und wurde sofort eine Anzahl von Fabrikanten zur Veranstaltung einer Versammlung zu dem angegebenen Zwecke gewählt. Zum Schluß erwähnte noch der Herr Älteste seine Kollegen, den in der Angelegenheit der Israeliten gefaßten Beschluß auch in die Praxis des täglichen Lebens überzutragen. (Alles wäre gut und schön, wenn dieser Auffassung großmüthiger Gesinnung nicht allzusehr dem Utilitätsprincip zu danken. Auch ist diese den Israeliten gemachte Concession doch nur eine Gleichstellung — auf dem Papier.)

Wie dem „Gaz.“ aus Warschau v. 17. d. geschrieben wird, wächst die Hoffnung, daß die Ruhe erhalten bleiben werde. Auf Ermächtigung der städtischen Delegation hin wird eine Bürgerwache nach Art der Konstabler organisiert, deren Hauptelemente die Handwerker bilden werden. Sie soll nur in außerordentlichen Fällen äußere Abzeichen erhalten und wird unter einer ständigen Direction stehen, gebildet aus dem Fabrikbesitzer Bobrownicki, Kaufmann Kwiatkowski und dem früheren Verbannten nach Sibirien Drewnowski. — Der Fürst-Statthalter hat nach langem Zögern die nachträglich auf besonderen Bogen in vielen Tausenden eingereichten Beitritts-Unterzeichnungen zu der nach Petersburg abgeordneten Adresse angenommen und auf Verlangen eine Empfangsquittung ausgestellt.

Türkei.

Aus Konstantinopel, 4. März schreibt man dem „P. Naplo.“ Die Pforte habe in Folge der österreichisch-russischen Note ihren längs der Donau postirten Beamten strengen Befehl ertheilt, nicht alle in die dort etwa durchreisenden, sondern auch die seit mehreren Jahren angesiedelten und unter türkischem Schutze lebenden Ungarn aus jenen Gegenden zu entfernen und nach Stambul zu befördern. In Folge dieser Verordnung sind bereits Dionys Epitas, Johann Fehervari, Michael Komongy, Leopold Semsey und Johann Kis nach Stambul gebracht und als passlos im Polizeigebäude zurückgehalten worden. Durch die bisherigen Schritte ist nur so viel erwirkt worden, daß die genannten Herren trotz der Reclamation Oesterreichs nicht nach Ungarn ausgeliefert werden, sondern dort versprochen wurde, dieselben nach Italien zu senden. Außer den Genannten sind noch die Ungarn Galitz, Argay und Gishal, die schon vor 40 Jahren Zuflucht in der Türkei gesucht und in der Gegend von Tulscha ansehnliche Güter besaßen, nach Stambul internirt worden.

Dem „Wanderer“ schreibt man aus Belgrad, vom 9. d. Aus Nissa wird berichtet, daß ein Haufe Albanesen zur Plünderung der christlichen Dörfer ausgezogen sei, weshalb die türkischen Behörden 60 Reiter ausandten, ihn zu zerprengen. Bei Rustendil kam es zu einem Gefechte, in welchem zwei Albanesen getödtet und 45 verwundet wurden. Türkischer Seite zählte man 1 Todten und 4 bis 5 Verwundete. Die Türken brachten nach Nissa auf Stangen die abgehauenen Köpfe der gefallenen Albanesen. Aus der südlichsten Stadt Serbiens, Raska, wurde berichtet, wie noch die jenseitigen Christen in Alfserbin zum Zuführen der Munition nach Mostar und gegen Montenegrer aufgeboden wurden. Wenn 300 Pferde requirirt werden sollen, pflegt man 500 zu bestellen, von diesen werden die schwächeren gegen eine Erpreßung von 30-50 Piafter zurückgewiesen. — Die türkischen Dörfer Podaskla, Rjanita und Karadzjin-Breg haben sich den Montenegrinern ergeben, und diese haben ihre Beamten daselbst eingesetzt. — Die Dörfer Wrbica, Lipnica und Androvic wurden niedergebrannt, eben so, wie man spricht, Spuz und Padgorica. Die Montenegriner-Uskoken hatten schon sieben Gefechte mit den Türken zu bestehen gehabt und sie überall geschlagen. In Beyrut ist nach Berichten vom 2. März aus Damascus die Nachricht von der Flucht zweier Hauptlinge von Balbel angelangt, welche wegen ihrer an den Christen verübten Grausamkeit in Haft saßen, nämlich der Emir Selmon El Hursure und der Scheich Ascher Algerudi. Die Behörden hatten gewilligt, daß die Gefangenen unter Bedeckung ins Freie gehen dürften, um frische Luft zu schöpfen. Die Bedeckung wurde von einer Schaar Bewaffneter überfallen, und die Gefangenen wurden befreit. Dieser Vorfall veranlaßte mehrere Christen, Damascus zu verlassen und nach Beyrut zu kommen. Die französische Occupationarmee schließt neue Contracte für ihre Verpflegung auf weitere drei Monate ab. Eine kleine Besetzung wurde nach Sur verlegt. Sur ist das Zentrum der Alten. Fast der wichtigste Handelsplatz am Meer, zählt er heute nur 1500 Einwohner. Es ver-

breitet sich hier immer mehr und mehr der Glaube, daß die Franzosen es auf eine dauernde Besetzung abgesehen haben. Syrien soll ein zweites Algier werden — eine französische Colonie in Kleinasien. Vergebens fordert Fuad Pascha die vornehmsten Christen auf, eine Erklärung abzugeben, daß die Sicherheit im Lande wieder hergestellt ist; der französische Einfluß hintertreibt Alles. Auch hier wird England zu spät bedauert, daß es Frankreichs Umsichgreifen geduldet hat.

Boela- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 20. März.
† Wann das Talent im Dienste der Wohlthätigkeit auftritt, schweigt die bei der Unvollkommenheit aller Irdischen nie befriedigte Kritik. In solchem Falle ist nur das Lob an seinem Platze, das sonst nur mit einer Dosis gesuchter Mängel vorsichtig gependelt wird. Aber streift die Kritik vor dem menschenfreundlichen Zweck die Waffen, und macht noch obendrein die Bemerkung der hier in die Schranken tretenden reichen Mittel sie verstimmen, dann wird das Lob Pflicht und zum doppelten Vergnügen. Solchen Empfindungen gegenüber finden wir uns bei Erwähnung der in der heutigen Festsitzung mehrfach gegebenen glänzenden Armen-Concerte, solche rufen uns die Sonntags im Dank für rührige Theilnahme an denselben Herrn und Frau Salomonoff zum Beweise von hiesigen Dilettanten veranstaltete musikalische Matinee hervor. Ueberflüssig wäre eine Erwähnung über die Eleganz der Reunion und den zahlreichen Besuch derselben. Für erstere bürgten von vornherein die Elemente derselben, für letztere der anerkanntswürdige Zweck. Aber erlaunen machte die Präzision in der Ausführung jeder der gebotenen Piecen, die Harmonie der aus 20 rein intonirenden Rehen bestehenden Chöre, die musikalische Begabung der bei dieser erwünschten Gelegenheit mitwirkenden Kräfte. Die Palme des Concerts trug ein italienisches Duett für Sopran und Alt von Campana davon. Zwei liebliche Stimmen, zart wie aufblühende Knospen im Morgenhauch, rein wie zum Gebet rufende Glöcklein, vereinigten sich hier zum virtuoson Vortrag einer ansprechenden Composition. Hr. Salomonoff, vielfach auch diesmal wieder im Accompanement thätig, executirte mit bekannter eminenter Fertigkeit und mit dem fläglich gebildeten Geschmac, den sie auch in der Wahl der anderen Vortragspiece, eines Concerts von Beethoven, zeigte, im Verein mit einer Dilettantin-Präzision den Krönungsmarsch aus Meyerbeer's „Propheten“, von Goria für zwei Claviere gesetzt. Mit Komorowski's „Neue Liebe“ (poln. nach Göthe) erstellte eine Sängerin-Dilettantin, die auch die Gnadenarie aus Meyerbeer's „Robert lo Diabolo“ mit feiner französischer Sprache zu Gehör gebracht, einen so hübschen Beifall, daß er durch das dankenswerthe hors d'oeuvre des beliebten Wastlaw'schen Krakowiat „Na Wawel, na Wawel“ gelöst wurde. Hr. Salomonoff, der sich um das Arrangement so vieler für wohlthätige Zwecke gegebenen Concerte vielfach verdient gemacht, sang in einer den Stempel seiner trefflichen Methode tragenden Weise die Varyonarie Luna's aus Verdi's „Trovatore“, „Tut e deserto“, als wie im Contrast mit — dem vollen Saal. Die Gänge der Duettüre aus Rossini's „Wilhelm Tell“ wurde unter Direction ihres Kapellmeisters Hrn. Widemann von der auch in den übrigen Piecen mitwirkenden Kapelle des 1. Regiments „König von Hannover“ mit bewährter Accurateffe executirt. Das Finale bildete die Proghoria aus Rossini's Meisterwerk „Mosé“, von dem vollen Chor ausgeführt.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Paris, 18. März. Schluß-Course: 3perz. 68.40. — 4½perz. 95.65. — Staatsbahn 486. — Cred. Mob. 667. — Lomb. 476. — Oester. Credit-Act. fehlt. — Consols mit 92½ gemeldet. —
Kraakau, 19. März. Auf hiesigem Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgender Waaren: Für den niederrheinischen Weizen 6 fl. 43 kr. — Korn 4 fl. 75 kr. — Gerste 3 fl. 90 kr. — Hafer 2 fl. 4 kr. — Kartoffeln 2 fl. 60 kr. — für den Centner Hen 1 fl. — fr. — Kartoffeln 82 kr. österr. Maßr.
Kraakauer Cours am 19. März. Silber-Rubel Agio fl. poln. 111 verl., fl. poln. 109 ge. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 322 verlangt, 314 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. österr. Maßr. 68½ verlangt, 67½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Maßr. fl. 146 verlangt, 144 bez. — Russische Imperials fl. 12.10 verl., 11.90 bezahlt. — Napoleons d'ors fl. 11.85 verlangt, 11.65 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 6.90 verl., 6.80 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 7.— verl., 6.90 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. p. v. 99½ verl., 98½ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in österr. Währung fl. 83½ verl., 82½ bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv.-Münze fl. 87.25 verlangt, 86½ bez. — Grundentlastungs- u. Obligationen in österreichischer Währung fl. 64½ verlangt, 64.— bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Maßr. 76.— verlangt, 75.— bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. österr. Maßr. 158 verl., 156 bez.

Neueste Nachrichten.

Ans Italien liegen folgende Nachrichten vor:
Turin, 19. März. Die Feste Civitella del Tronto verweigert die Capitulation.
Rom, 19. März. In dem heutigen Consistorium hielt der Paps eine sehr heftige Allocution.
Die „A.B.“ bringt folgende telegraphische Berichte:
Rom, 15. März. Die gestern und heute besüchtete Demonstration fand nicht statt. In der untern Romagna sind die Bauern in Folge der Conscripton aufgelaufen, und haben die Waffen ergriffen.
Turin, 17. März. Eine Deputation des Magistrats verfügte sich sowohl zum König als zum Ministerpräsidenten, um beide zu bitten auch in der Folge Turin als Residenzstadt beizubehalten. Der König äußerte sich sehr gnädig, und versicherte daß dies auch sein Wunsch sei. Sollte er aber Turin verlassen müssen, so werde seine Familie doch fortwährend in dieser Stadt residiren. General Durando erhielt Befehl sich zum Marsche nach Rom bereit zu halten.
Genua, 17. März. General Garibaldi protestirt durch seine Organe gegen die Werbungen welche in seinem Namen in Italien betrieben werden. Er ruft seine Leute wann er sie brauche. Die in Gaeta gemachten Gefangenen sind eben in Freiheit gesetzt worden.
Bei Schluß des Blattes war uns die neueste Wiener Post noch nicht zugekommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 19. März.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Jodor Graf Dietrich und August Daboff aus Gollitz. Joseph Zjanot aus Olomana. Raphael Wajczewski und Joseph Einowski aus Polen. Dominik Wajczewski aus Welsch. Eduard Ritter v. Somolay aus Zafopana. Joseph Kaluski aus Regarowice. Ladislaus Holubowicz aus Podelien. Lubin Witkisch aus Ljod. Wladyslaw Strzyski aus Baborze. Jheophil Zielkowski aus Ljod. Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Graf Gzawrowski, Hipolit Kozietzi, Joseph Kozietzi und Johann Wajczewski nach Polen. Wladislaus Graf Gzawrowski nach Wien. Alexander Winoogradski nach Breslau. Alexander Winiński nach Gollitz. Michael Gzawrowski nach Wiewicza. Vincenz Wajczewski nach Brzegno. Wladislaus Wajczewski nach Regarowice.

3. 4418. **Edict.** (2571. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgericht als provisorischen Notariatskammer wird in Gemäßheit des h. oberlandesgerichtlichen Erlasses vom 4. März 1861 Z. 26. 6 zur Befugung der in dem Sprengel dieses k. k. Landesgerichtes erledigten Notariatsstelle mit dem Amtsfuge in Jordanów hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre nach Vorschrift des §. 7 N. D. und Art. IV. des allh. Patente vom 7. Februar 1858 Nr. 23 eingerichteten Gesuche und zwar Beamte durch ihre Amtsvorsteher, Notariatskandidaten und Notare aus anderen Sprengeln durch die Notariatskammer welcher sie unterstehen, Advokatskandidaten und Advokate durch ihre vorgesetzten Advokatenkammern und den Gerichtshof I. Instanz in dessen Sprengel sich diese befindet, binnen 4 Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in das Amtsblatt der „Krakauer Zeitung“, bei diesem k. k. Landesgerichte als provisorischen Notariatskammer zu überreichen.

Krakau, am 11. März 1861.

L. 18092. **Edykt.** (2572. 1-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie w skutek podania Wincentego Jadowskiego, Jana Jadowskiego oraz Tekli Jadowskiej w imieniu własnym i nieletnich jej dzieci Józefa, Kazimierza i Aleksandra Jadowskich, spadkobierców Kazimierza Jadowskiego, dóbr Pogorzycze z przyległościami w Krakowskim cyrkuł położonych i w ks. hyp. XI. vol. nov. 1 pag. 660 n. 5 hár. zapisanych, hypotecznego właściciela, wzywa wszystkich, którym prawo hypoteczne co do dóbr wspomnianych przysłuży, aby celem przynajmniej kapitału indenizacyjnego, według zawiadomienia c. k. ministryalnej komisji indenizacyjnej Krakowskiej z dnia 3. Stycznia 1855 L. 1901 dla tychże dóbr w kwocie 1823 zlr. 45 kr. i 8813 zlr. 50 kr. mk. obliczonego ze swemi pretensjami w tutejszym c. k. Sadzie krajowym najdalej po dzień 15. Maja 1861 ustnie lub pisemnie zgłosili się.

Treść rzeczonoego zgłoszenia się obejmować winna:

- Dokładne podanie imienia, nazwiska, miejsca zamieszkania (Nr. domu) zgłaszającego się lub jego pełnomocnika, który się winien wykazać pełnomocnictwem w formie prawem przepisanej wystawionem i legalizowanem.
- Wysokość sumy będącą przedmiotem pretensji hipotecznej, tak co do kapitału, jakoteż co do odsetków, o ile tym równe prawo zastawu jak kapitałowi przysłuży.
- Hypoteczne oznaczenie zgłoszonej pozycji.
- W razie jeżeliby zgłaszający się po za obrębem tutejszego c. k. Sadu krajowego miał swoje zamieszkanie, przedstawienie pełnomocnika do odbioru rozporządzeń sądowych upoważnionego; w przeciwnym razie takowe przesyłane będą zgłaszającemu się pocztą z tym skutkiem, jaki mają doręczenia do własnych rak adresata uskuteczni.

Jednocześnie oznajmia się, iż ten, któryby w terminie powyższ oznaczonym przedłożyć swych pretensji zaniedbał, uważany będzie zarówno z tym, któryby zezwolił aby zaspokojenie jego pretensji podług następstwa hipotecznego do rzeczonoego kapitału indenizacyjnego przekazaniem było, jakoteż ze swemi pretensjami przy rozprawie słuchanym niebędzie.

Zaniedbujący się zgłosić ze swemi pretensjami w terminie powyższ oznaczonym utracą prawo wniesienia zarzutów i przedsięwzięcia jakichbykolwiek prawnych przeciwko ugodzie pomiędzy zgłaszającymi się i do powzięcia rzeczonoego kapitału indenizacyjnego uprawnionych w myśl §. 5 ces. pat. z dnia 25. Września 1850 zawartej.

W skutek tego zaspokojenie pretensji jego przekazaniem zostanie do kapitału indenizacyjnego podług następstwa hipotecznego, lub w myśl §. 27 ces. patentu z dnia 8. Listopada 1853 zostanie zabezpieczone na gruncie.

Kraków, dnia 25. Lutego 1861.

N. 3021. **Edykt.** (2570. 1-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie niniejszym ogłasza iż P. Józefa Melsz z domu Benisch, była współwłaścicielka Erbpachtu Łobzów i Gramatka w moc uchwały c. k. Sadu wyższego krajowego w Krakowie z dnia 29. Października 1860. r. do L. 9962 wydanej za marnotrawczynię uznana i pod kuratelę oddaną została, jako też iż P. adwokat krajowy D. Leonard Kucharski kuratorem dla niej ustanowionym został.

Kraków, dnia 25. Lutego 1861.

N. 1188. **Rundmachung.** (2607. 2-3)

Am 4. April d. J. wird bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka die Concurrenz-Verhandlung wegen Lieferung des Bedarfs der beiden Salinen an Kasseriematerialien stattfinden, nämlich:

Für die Saline Wieliczka:

	Große Schock	Kleine Schock
in rohen Faßtaufeln	13,000	27,000
in fertigen Böden	1,150	3,000
in Sperrstücken	1,150	3,000
in Reifen	9,800	16,000

Für die Saline Bochnia:

	Große Schock	Kleine Schock
in rohen Taufeln	4,000	22,500
in fertigen Böden	500	2,000
in Sperrstücken	500	2,000
in Reifen	3,250	11,250

Unternehmungslustige werden hiemit eingeladen, ihre diesfälligen schriftlichen Offerte, in welchen unter ausdrücklicher Erklärung daß sich Offerent den von ihm eingesehenen Licitations-Bedingungen unbedingt füge, der Preis in Ziffern und Worten deutlich ausgedrückt, und demselben das dem Angebote entsprechende 10% Badium bar oder in Kassamäßigen Werthpapieren beigelegt sein muß, wohl versiegelt und mit der Aufschrift „Lieferungs-Anbot auf ic. ic. des N. N.“ versehen, hieran, und zwar bei dem k. k. Directions-Kanzlei-Verweser bis 12 Uhr Mittags einzubringen.

Die näheren Lieferungs-Bedingnisse sind bei den Amts-Kanzleien der k. k. Salinen-Direction und der k. k. Salinen-Bergverwaltung in Bochnia zu Jedermanns Einsicht aufgelegt.

Offerte, welche den obigen Bedingungen nicht entsprechen, so wie nachträgliche Andote, werden unberücksichtigt gelassen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 8. März 1861.

3. 846. **Edict.** (2585. 2-3)

Vom Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte wird in Folge Einschreitens des Hrn. Ignaz Baron Brunicki de pr. 12. Februar 1861 Z. 846 bekannt gegeben, daß der Wechsel doto. Neu-Sandez den 7. Jänner 1857 für 150 fl. Grundentlastungs-Obligationen am 7. Jänner 1858 zahlbar acceptirt vom Hrn. Elias Porges zu Gunsten des Hrn. Ignaz Baron Brunicki laut Angabe des Wechselgläubigers in Verlust gerathen sei.

Es wird daher der Inhaber dieses Wechsels angewiesen, diesen Wechsel dem Gerichte 45 Tagen vom Tage der dritten Einschaltung des Edictes in die Zeitungsblätter vorzuweisen, als widrigen nach Verlauf dieser Frist, dieser Wechsel für ungültig erklärt werden würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandez, am 27. Februar 1861.

N. 2807. **Edict.** (2603. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird den dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Berel Schoenfeld, Leibe Brand und Mibel Held oder ihren dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Erben und Rechtsnehmern mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Emilie Pogonowska wegen Anerkennung, daß das Hypothekrecht der Summe 1800 fl. C.M. über die Güter Delastowice sammt Altinen. n. 55 on. und Bezugspost n. 12 on. erloschen, und aus der Zahlungsordnung des Kaufpreises der Güter Delastowice doto. 16., 21. und 22. September 1852 Z. 11025 vom VI. Plage zu eliminiren sei, eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zum mündlichen Verhandlung eine Tagfahrt auf den 27. Juni 1861 um 10 Uhr Vormittags bestimmt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu ihrer Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Jarocki mit Substituierung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Serda als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 8. August 1860.

N. 2807. **Obwieszczenie.**

C. k. Sad obwodowy Tarnowski uwiadamia z życia i miejsca pobytu niewiadomych Berka Schönfeld, Leibe Brand i Mendla Held albo nieznanomych tychże z miejsca pobytu i życia spadkobierców i prawonabywców, że P. Emilia Pogonowska podala przeciwko nim skargę o uznanie prawa hypoteki sumy 1800 zlr. mk. c. s. c. na dobrach Delastowice z przyległ. pod l. 55 cięż. odnośnie do l. 12 cięż. dawniej intabulowanego za zgastę i eliminowanie tej pretensji hipotecznej ceny kupna rzeczonych dóbr przez były c. k. Sad szlachecki w Tarnowie dnia 16., 21. i 22. Września 1852 do l. 11025 wydanej, prosząc o pomoc sądową i że w skutek tej skargi sad naznaczył termin do ustnej rozprawy na dzień 27. Czerwca 1861 o godzinie 10tej rano.

Ponieważ miejsce pobytu pozwanych niejest wiadomem, przeto c. k. Sad ustanowił im kuratora w osobie tutejszego adwokata Dra Jarockiego z zastępstwem adwokata Dra Serdy, z którym też sprawa niniejsza według przepisanej dla Galicyi ustawz ogólnej będzie przeprowadzona.

Meteorologische Beobachtungen.

Barom. Höhe auf in Par. l. Linie in Measur. reib.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe d. Tag von + bis
15 2 330 77	+ 13	50	West schwach	Heiter		-50 +12
16 4 30 60	- 16	95				
16 6 30 85	- 28	92	Süd	Trüb	Um 9 Uhr Schnee	

Edyktem niniejszym wzywa się zapozwanych, by w czasie należytym sami stanęli, lub potrzebnych dowodów udzieliili, ustanowionemu kuratorowi, lub obrali innego zastępcę i takowego tutejszemu sądowi wskazali i ogólnie, aby wszelkich do obrony służących prawnych środków używali, gdyż w razie przeciwnym sami sobie przypiszą skutki, jakie wypłyną z ich zaniedbania.

Z rady c. k. Sadu obwodowego.

Tarnów, dnia 26. Lutego 1861.

Nr. 420. **Edict.** (2569. 2-3)

Vom k. k. Andrychauer Bezirks-Gerichte wird dem abwesenden Johann Pabis aus Sulkowice mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider die liegende Masse nach Vincenz Pabis, dann dessen Witwe Franciszka Pabis, Katharina Misera und Sofie Matuszkiewicz. Anton Heradin wegen 19 fl. 29 kr. 6. W. hiergerichts unterm 4. Februar 1861 Z. 420 civ. die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur summarischen Verhandlung die Tagsetzung auf den 10. April 1861 um 9 Uhr Vormittags festgesetzt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belagten Johann Pabis unbekannt ist, so hat das k. k. Bezirks-Gericht zu Andrychau zu Vertretung den auf seine Gefahr und Kosten den Sulkowice Gemeindevorstand Thomas Miarka als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belagte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Bezirksgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Andrychau, am 28. Februar 1861.

N. 3776. **Rundmachung.** (2564. 3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau als Handels-Gerichte wird bekannt gemacht, daß der protokollierte Handelsmann in Podgórze Krakauer Kreises Hr. Lazar Feiner hiergerichts die Anzeige der Einstellung seiner Zahlungen überreicht hat und daß in Willfährigkeit seines gleichzeitig gestellten Ansuchens, die Einleitung des Vergleich-Verfahrens über das sämtliche bewegliche und im Inlande, mit Ausnahme der Militärgrenze befindliche unbewegliche Vermögen desselben, Behufs der außergerichtlichen Befriedigung dessen Gläubiger bewilligt, zur Inventur und einstweiliger Verwaltung des Vermögens und zur Leitung der Vergleichs-Verhandlungen der k. k. Notar Hrn. Alexander Siedlecki in Podgórze als Gerichtskommissär bestellt, demselben zur Beforgung dieser Verhandlung ein provisorischer Ausschuß aus den vom Bittsteller angezeigten Gläubigern in der Person des Hrn. Arthur Eibenschütz und J. Schornstein, dann T. Mandelbaum in Podgórze beigegeben und ein Verzeichnis von 3 Monaten bestimmt wurde.

Die Rundmachung der Aufforderung zur Anmeldung der Forderungen und Vorladung zur Vergleichs-Verhandlung selbst — wird abgefordert erfolgen.

Krakau, am 4. März 1861.

3. 6597. **Rundmachung.** (2584. 3)

Vom Rzeszower k. k. Handelsgerichte wird hiemit bekannt gegeben, daß Pinkus Reich und Julius Hochfeld das in Rzeszów gesellschaftlich unter der Firma: „Reich et Hochfeld“ betriebene Expeditions- und Commissionsgeschäft am 20. November 1860 aufgegeben haben, und daß in Folge dessen, sowohl die Geschäfts-Firma als auch der diesbezügliche Gesellschafts-Vertrag in dem Handlungsprotokolle gelöscht wurde.

Rzeszów, am 27. December 1860.

Intelligenzblatt.

Ausweis (2597. 3)

über die Betriebs-Einnahmen der k. k. privileg. galiz. **Karl-Ludwig-Bahn.**

Betriebsstrecke: 34 1/2 Meilen.

Betriebsstraße : 34 1/2 Meilen.								
Monat	Personen-Verkehr			Frachten-Verkehr			Zusam.	
	Anzahl der Wei- senden	Def. Währ.		Zoll- Centner	Def. Währ.		Def. W.	
		fl.	fr.		fl.	fr.		
Februar 1861	20,966	37062	68	351165	129066	88	166129	56
Siehe vom 1 Jänner bis 31. Jänner 1861	25,697	45947	38	320072	116365	22	162312	60
Summa	46,663	83010	6	671237	245432	10	328442	16

Die Brutto-Einnahme im Febr. 1861 (Betriebsstrecke von 28 Meilen) betrug

Außerdem wurden 55,823 Zoll-Ctr. div. Regie-Güter ohne Anrechnung der Frachgebühren befördert.

Wien, am 1. März 1861.

Von der k. k. galiz. Karl-Ludwig-Bahn.

LOOSE

des Wiener Credit-Mobilier, deren Ziehung 4 Mal im Jahre und die nächste

am 2. April 1861

stattfindet, wie auch (2596. 2-3)

Promessen

(Prämien-Lieferungsscheine) darauf, sind zu haben im Comptoir des

F. J. Kirchmayer & Sohn in Krakau.

Wiener - Börse - Bericht

vom 18. März.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Roote
In Def. W. zu 5% für 100 fl.	59.50	59.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	76.40	76.60
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	64.90	65.15
ditto. 4 1/2% für 100 fl.	56	56.50
mit Verloofung v. J. 1839 für 100 fl.	109.25	109.75
1854 für 100 fl.	85.25	85.75
1860 für 100 fl.	83.80	84
Como-Deutenscheine zu 42 L. austr.	15.50	16

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen		
von Nied. Oesterr. zu 5% für 100 fl.	86	86.50
von Währen zu 5% für 100 fl.	85	85.50
von Schlessen zu 5% für 100 fl.	85	85.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.50	85
von Tirol zu 5% für 100 fl.	97	—
von Kärnt. Krain u. Ruth. zu 5% für 100 fl.	88	89
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	64.75	66
von Tem. Ban. Croat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	64	64.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	62.25	63
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	61.50	62.25

Actien.

	Dr. St.	
der Nationalbank	723	725
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	162.90	163
der Nied.-öst. Compt.-Gesellsch. zu 500 k. ö. W.	566	568
der k. k. Nordbahn 1000 fl. C.M.	2045	2046
der Staats-Bank-Gesellsch. zu 200 fl. C.M. oder 500 Kr.	285.50	286
der k. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M.	186	186.50
der Süd-nord. Verbin.-B. zu 200 fl. C.M.	106.50	107
der k. k. Staats-Bahn mit 140 fl. (70%) Einz.	147	147
der k. k. Staats-Bahn von und nach Wien, Wienbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Kr. m. 140 fl. (70%) Einz.	190	191
der galiz. Karl-Ludwig-Bahn zu 200 fl. C.M. mit 120 fl. (70%) Einzahlung	153.50	156
der österr. Donau-Donau-Schiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C.M.	418	420
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M.	145	170
der österr. Posten- und Kutschen-Verkehr zu 500 fl. C.M.	390	395
der Wiener Dampf- und Schiffschiffahrt zu 500 fl. österr. Währ.	380	385

Pfandbriefe

	10jährig zu 5% für 100 fl.	12monatlich zu 5% für 100 fl.
Nationalbank	102	102.50
auf C.M.	97	98
der Nationalbank	91.25	91.75
auf österr. Währ. verlosbar zu 5% für 100 fl.	99.50	100
Galiz. Kredit-Anstalt C. M. zu 4% für 100 fl.	86.80	87
	87	88

Cours

	Geld	Roote
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung.	114.25	114.50
Donau-Dampf.-Gesellsch. zu 100 fl. C.M.	99.50	100
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M.	125	126
Stadtgemeinde Wien zu 40 fl. öst. W.	35.75	36
Gesetzg. zu 40 fl. C.M.	91	92
Salz zu 40	36	36.50
Walfisch zu 40	39.50	40
Clary zu 40	35.25	35.75
St. Genois zu 20	36	36.50
Windischgrätz zu 20	21	21.50
Waldstein zu 20	25	25.50
Regievis zu 10	16.50	16.75

3 Monate.

	Bank-Platz-Conto	
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3 1/2%	125.25	125.25
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3 1/2%	125.50	125.50
Hamburg, für 100 M. B. 3 1/2%	110.40	110.50
London, für 10 Pfd. Sterl. 8 1/2%	147.25	147.85
Paris, für 100 Franks 7 1/2%	58.40	58.40

Cours der Geldsorten.

	Geld	Roote	Rechter Cour
Kaiserliche Münz-Dukaten	6.99	—	6.99
„ vollwichtige Dukaten	6.98	—	6.98
Krone	—	—	20.20
20 Kränzländ	11.82	—	11.81
Russische Imperiale	—	—	12.10
Silber	—	—	146.25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 4. November 1860.

Abgang von Krakau	
Nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags.	
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Mysłowice (Breslau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Ostrow und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Nachm.	
Abgang von Wien	
Nach Krakau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachm.	
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Mysłowice (Breslau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Ostrow und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Nachm.	
Abgang von Breslau	
Nach Krakau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachm.	
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Mysłowice (Breslau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Ostrow und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Nachm.	
Abgang von Ostrow	
Nach Krakau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachm.	
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Mysłowice (Breslau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Ostrow und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Nachm.	
Abgang von Preußen	
Nach Krakau 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Minuten Nachm.	
Nach Granica (Warschau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Mysłowice (Breslau) 7 Uhr Früh, 3 Uhr 45 Min. Nachm.	
Nach Ostrow und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Nachm.	

Amtsblatt.

Nr. 2117.

Kundmachung.

(2608. 2-3) Nr. 2117.

Obwieszczenie.

Se. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Patente vom 26. Februar 1861 die Einberufung des Landtages für das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau auf den 6. April 1861 allergnädigst anzuordnen geruht; es werden daher in Gemäßheit der §§. 18 und 20 der Landtagwahlordnung die allgemeinen Wahlen für den genannten Landtag hiemit ausgeschrieben.

Auf Grund der §§. 18 und 19 der Landtagwahlordnung wird Ort und Zeit dieser Wahlen in nachfolgender Weise festgesetzt:

In den Landgemeinden und zwar:

Für den Wahlbezirk Dla okręgu wyborczego	Aus den Bezirken Z powiatów	Wahlort miejsce wyboru	Für den Wahlbezirk Dla okręgu wyborczego	Aus den Bezirken Z powiatów	Wahlort miejsce wyboru
Lemberg Gródek Brzeżan Bóbrka Rohatyn Podhajce Zaleszczyki Borszczów Gortków	Lemberg, Winniki, Szyrzerce Gródek und Janów Brzeżan und Przemyślany Bóbrka und Chodorów Rohatyn und Bursztyn Podhajce und Rozowa Zaleszczyki und Łuste Borszczów und Mielnica Gortków, Tazłowiec und Butza- nów.	Lemberg Gródek Brzeżan Bóbrka Rohatyn Podhajce Zaleszczyki Borszczów Gortków	Łisko Dobromil Dubiecko Staniśław Bohorodczany Manasterzyska Radworna Tysmienica Stryj Dolina Kaluż Mikolajów Tarnopol Skalat Zbaraż Trembowla Złoczów Lopatyn Busk	Łisko, Baligród und Lutowski Dobromil, Ustrzyki und Bircza Dubiecko und Brzozów Staniśław und Halicz Bohorodczany und Solotwina Manasterzyska und Buczac Radworna und Delatyn Tysmienica und Łumacz Stryj und Skole Dolina, Bolechów und Rożnów Kaluż und Wojniłów Mikolajów und Zurałno Tarnopol, Iwrowice und Mikulince Skalat und Grzymalów Zbaraż und Medyn Trembowla und Kłotniki Złoczów und Gliniany Lopatyn, Brody und Radziechow Busk, Kamionka Strumiłowa und Łesko	Łisko Dobromil Dubiecko Staniśław Bohorodczany Manasterzyska Radworna Tysmienica Stryj Dolina Kaluż Mikolajów Tarnopol Skalat Zbaraż Trembowla Złoczów Lopatyn Busk
Kopeczynie Kolomea	Kopeczynie und Husiatyn Kolomea, Swożdzic und Pecze- nizyn	Kopeczynie Kolomea	Żalósce Zółkiew Belz Lubaczów Kawa Dufka	Żalósce und Zborow Zółkiew, Kulików und Mosty wielkie Belz, Uhnów und Sokal Lubaczów und Gieszanów Kawa und Niemirów Dufka, Krośno und Zmigrod	Żalósce Zółkiew Belz Lubaczów Kawa Dufka
Horodenka Kosów Siatyn Przemyśl Jarosław Zaworów Mościska Sambor	Horodenka und Obytyn Kosów und Kuty Siatyn und Zabolotów Przemyśl und Miżankowice Jarosław, Sieniawa und Radymno Zaworów und Krakowice Mościska und Sadowa Wisznia Sambor, Staremiasto und Stara- sól	Horodenka Kosów Siatyn Przemyśl Jarosław Zaworów Mościska Sambor	Turka Drohobycz Rudki Łąka Sanok	Turka und Borynia Drohobycz und Poddub Rudki und Komarno Łąka und Wedenice Sanok, Rymanów und Bukowsko	Turka Drohobycz Rudki Łąka Sanok

In den Städten: Lemberg, Przemyśl, Staniśław, Tarnopol, Brody, Jarosław, Drohobycz, Sambor, Stryj und Kolomea; Krakau, Biala, Neu-Sandez, Tarnów, Rzeszów, deren jede für sich in Gemäßheit des §. 2 der Landtagwahlordnung je einen Wahlbezirk bildet und zugleich der Wahlort ist, findet die Wahl am 29. März st.

Von der Handels- und Gewerbekammer in Lemberg, Krakau und Brody wird die Wahl in Lemberg, und beziehungsweise in Krakau und Brody am 28. März 1861 in der Amtskanzlei der genannten Kammern vorgenommen.

Für den großen Grundbesitz finden die Wahlen in jedem der im §. 1 der Landtagwahlordnung bestimmten Wahlkörper nach Kreisen, in den Kreisstädten Krakau, Brzeżan, Przemyśl, Złoczów, Zaleszczyki, Tarnów, Tarnopol, Sanok, Sambor, Zółkiew, Neu-Sandez, Rzeszów, Stryj, Staniśław, Kolomea und Lemberg am 2. April 1861 statt.

Lemberg am 9. März 1861.

Karl Ritter v. Mosch m. p.
k. k. Vize-Präsident.

Jego c. k. Apostolska Mość raczył najwyższym patentem z 26. Lutego 1861 nakazać najlaskawiej zwołanie sejmiku krajowego dla królestwa Galicyi i Lodomerji z Wielkiem księstwem Krakowskiem na dzień 6. Kwietnia 1861, przeto rozpisują się niniejszem stósownie §§. 18. i 20. statutu wyborczego dla sejmiku krajowego.

Na mocy §§. 18. i 19. statutu wyborczego dla sejmiku krajowego wyznaczone zostały miejsce i czas w następujący sposób:

W gminach wiejskich a mianowicie

Für den Wahlbezirk Dla okręgu wyborczego	Aus den Bezirken Z powiatów	Wahlort miejsce wyboru	Für den Wahlbezirk Dla okręgu wyborczego	Aus den Bezirken Z powiatów	Wahlort miejsce wyboru
Krakau Chrzanów	Krakau, Mogiła, Łęski, und Sta- wina Chrzanów, Jaworzno und Krzeszo- wice	Krakau Chrzanów	Łisko Dobromil Dubiecko Staniśław Bohorodczany Manasterzyska Radworna Tysmienica Stryj Dolina Kaluż Mikolajów Tarnopol Skalat Zbaraż Trembowla Złoczów Lopatyn Busk	Łisko, Baligród und Lutowski Dobromil, Ustrzyki und Bircza Dubiecko und Brzozów Staniśław und Halicz Bohorodczany und Solotwina Manasterzyska und Buczac Radworna und Delatyn Tysmienica und Łumacz Stryj und Skole Dolina, Bolechów und Rożnów Kaluż und Wojniłów Mikolajów und Zurałno Tarnopol, Iwrowice und Mikulince Skalat und Grzymalów Zbaraż und Medyn Trembowla und Kłotniki Złoczów und Gliniany Lopatyn, Brody und Radziechow Busk, Kamionka Strumiłowa und Łesko	Łisko Dobromil Dubiecko Staniśław Bohorodczany Manasterzyska Radworna Tysmienica Stryj Dolina Kaluż Mikolajów Tarnopol Skalat Zbaraż Trembowla Złoczów Lopatyn Busk
Kopeczynie Kolomea	Kopeczynie und Husiatyn Kolomea, Swożdzic und Pecze- nizyn	Kopeczynie Kolomea	Żalósce Zółkiew Belz Lubaczów Kawa Dufka	Żalósce und Zborow Zółkiew, Kulików und Mosty wielkie Belz, Uhnów und Sokal Lubaczów und Gieszanów Kawa und Niemirów Dufka, Krośno und Zmigrod	Żalósce Zółkiew Belz Lubaczów Kawa Dufka
Horodenka Kosów Siatyn Przemyśl Jarosław Zaworów Mościska Sambor	Horodenka und Obytyn Kosów und Kuty Siatyn und Zabolotów Przemyśl und Miżankowice Jarosław, Sieniawa und Radymno Zaworów und Krakowice Mościska und Sadowa Wisznia Sambor, Staremiasto und Stara- sól	Horodenka Kosów Siatyn Przemyśl Jarosław Zaworów Mościska Sambor	Turka Drohobycz Rudki Łąka Sanok	Turka und Borynia Drohobycz und Poddub Rudki und Komarno Łąka und Wedenice Sanok, Rymanów und Bukowsko	Turka Drohobycz Rudki Łąka Sanok

In den Städten: Lwów, Przemyśl, Staniśław, Tarnopol, Brody, Jarosław, Drohobycz, Sambor, Stryj und Kolomeja; Kraków, Biala, Nowy Sącz, Tarnów, Rzeszów, z których każde po §. 2. statutu wyborczego dla sejmiku krajowego stanowi dla siebie okręg wyborczy i jest zarazem miejscem wyboru, odbędą się wybory d. 29. Marca 1861.

Izby handlowe i przemysłowe we Lwowie, w Krakowie i w Brodach przedsięwzją wybory we Lwowie, w Krakowie i w Brodach dnia 28. Marca 1861 w bierzże rzeczonych izb.

Dla wielkich posiadłości gruntowych odbędą się wybory w każdym ciele wyborczym, oznaczonym w §. 1. statutu wyborczego dla sejmiku krajowego podług obwodów, w miastach obwodowych Krakowie, Brzeżanach, Przemyślu, Złoczowie, Zaleszczykach, Tarnowie, Tarnopolu, Sanoku, Samborze, Zółkwi, Nowym Sączu, Rzeszowie, Stryju, Staniśławowie, Kolomyi i we Lwowie dnia 2. Kwietnia 1861.

Lwów, dnia 9. Marca 1861.

Karol Mosch r. w.
c. k. wiceprezydent.

Nr. 61. Vergleichsverfahren. (2583. 2-3)

J. Leib Reich in Rzeszów.

In Folge des mit Beschluß des k. k. Kreis- als Handelsgerichtes Rzeszów de dato 23. November v. J. 5987 über das Vermögen des hiesigen Handelsmannes J. Leib Reich eingeleiteten Vergleichsverfahrens werden die Gläubiger desselben hiermit aufgefordert, ihre aus was immer für einem Rechtsgrunde herrührenden Forderungen unter Beibringung der den Titel und Betrag derselben erweisenden Urkunden bei dem gefertigten Notar als ernannten Vergleichscommissär und Leiter der Vergleichsverhandlung längstens bis 15. April 1861 mittheilend gestempelter Eingaben so gewiß anzumelden, widrigenfalls sie, im Falle ein Vergleich zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus allem der Vergleichsverhandlung auferlegendem Vermögen, insofern ihre Forderungen nicht ein Eigentums- oder Pfandrecht zum Gegenstande hätten, im Sinne der Ministerial-Verordnung vom 18. Mai 1859 §. 17 ausgeschlossen und gemäß §. 27 der Schuldner durch den abgeschlossenen Vergleich von jeder Verbindlichkeit in Ansehung der nicht angemeldeten Forderungen befreit sein würde.

Rzeszów, am 8. März 1861.

Felix Holzer,
k. k. Notar als Gerichts-Commissär.

Nr. 3708. Edict. (2605. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem unbekannt wo sich aufhaltenden Herrn Fortunat Głowacki bekannt gemacht: es sei über Einschreiten der Fr. Sara Tannenbaum unterm 8. März 1861 §. 3708 an denselben der wechselseitliche Auftrag zur Zahlung der Summe von 2675 fl. österr. Währ. sammt Nebengebühren erlassen worden, welcher dem zur Wahrnehmung seiner Rechte in der Person des Herrn Advocaten Dr. Serda mit Substitution des Herrn Advocaten Dr. Stojalowski bestellten Kurator zugestellt wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnów, am 8. März 1861.

L. 33. Obwieszczenie (2600. 2-3)

Do panów wierzycieli firmy „Szymon Reich“ w Rzeszowie.

Odnosnie do rozporządzenia tutejszego c. k. Sadu Obwodowego z dnia 7go Listopada 1860

do L. 5695, zarządzającego postępowanie ugodne względem całego majątku tutejszej firmy handlowej „Szymon Reich“ i polecającego mnie przewodniczenie temu postępowaniu, wzywam panów wierzycieli, ażeby się do mnie ze swojemi na jakiegokolwiek prawnej zasadzie opierającymi pretensjami przeciwko masie do 6go kwietnia r. b. łącznie wraz ze środkami dowiedzenia tém pewnie na piśmie zgłosili, gdyżby w przeciwnym razie, jeżeliby ugodna do skutku przyszła, od zaspokojenia z majątku postępowaniu ugodnemu podciągniętego, o ileby ich pretensye prawem zastawu zabezpieczone nie były, wykluczonemi byli.

Rzeszów dnia 7go Marca 1861.

Pogonowski,
c. k. notaryusz jako komisarz sądowy.

3. 3707. Edict. (2604. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem unbekannt wo abwesenden Herrn Fortunat Głowacki bekannt gemacht, es sei über Einschreiten der Frau Sara Tannenbaum unterm 8. März 1861 §. 3707 an denselben der wechselseitliche Auftrag zur Zahlung der Summe von 2000 fl. ö. W. f. N. 6. erlassen worden, welcher dem zur Wahrung seiner Rechte in der Person des Herrn Advocaten Dr. Serda mit Substitution des Herrn Advocaten Dr. Stojalowski bestellten Curator zugestellt wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnów, am 8. März 1861.

Nr. 3933. Kundmachung. (2574. 2-3)

Das Krakauer k. k. Landesgericht gibt kund, daß in Folge Ernennung des Krakauer Advocaten Dr. Mraczek zum k. k. Notar in Wien, der Krakauer Advokat Dr. Alth mit Substitution des Krakauer Advocaten Dr. Zucker zum Generalsubstituten für die vom Advokaten Dr. Mraczek vertretenen gerichtlichen Geschäfte, für welche derselbe vom Amte wegen als Vertreter oder Curator von diesem k. k. Landesgerichte bestellt wurde, so wie auch für jene Geschäfte, für welche Advokat Dr. Mraczek von der Parteien selbst bevollmächtigt wurde, insofern diese Parteien nicht eine andere Verfügung getroffen haben werden, ernannt und zur Uebergabe der Acten der k. k. Archivsadjunct Hr. Poniklo delegirt wurde.

Krakau, am 5. März 1861.

N. 3933. Obwieszczenie.

C. K. Sad krajowy krakowski wiadomo czyni iż z powodu mianowania krakowskiego advokata p. Doktora Mraczka c. k. notaryuszem w Wiedniu, Krakowski advokat p. Dr. Alth z subystytucją krakowskiego advokata pana Dr. Zukra do wszystkich spraw sądowych, w których Advokat pan Mraczek z urzędu zastępcą lub kuratorem przez C. K. Sad krajowy krakowski mianowanym był, jakoteż do tych spraw, w których advokat p. Dr. Mraczek od samych stron umocowanym był, jak długo te strony inaczej nie rozporządzają, zastępcą p. Advokata Dr. Mraczka ustanowionym i c. k. Adjunkt Archiwu p. Poniklo do oddania aktów delegowanym został.

Kraków, dnia 5. Marca 1861.

N. 2470. Edict. (2573. 2-3)

Das Krakauer k. k. Landesgericht hat über Ansuchen der Fr. Marie Mytkos zur Hereinbringung der Summe 553 fl. 45 1/2 kr. ö. W. f. N. 6. die executiv Feilbietung der ob den Gütern Polanka wielka Krakauer Kreises zu Gunsten der Fr. Josefa Cienka geb. Gräfin Szembek lib. dom. 250 pag. 325 n. 39 on. intabulierten Summe pr. 80,000 fl. in polnischer Silbermünze oder 12,000 Silber-Rubel bewilligt, welche in drei Terminen d. i. am 12. April, 15. Mai und 14. Juni 1861 jedesmal um 10 Uhr Vormittags hiegericht abgehalten werden.

1. Zum Ausrufspreise wird der Nominalwerth dieser Summe pr. 80,000 fl. oder 12,000 S. Rubeln, oder 20,000 fl. ö. W. festgesetzt in den beiden ersten Feilbietungsterminen wird diese Summe nur über oder um den Ausrufspreis am dritten Termine auch unter demselben hintangegeben werden.

2. Jeder Kauflustige hat als Vadium 10% des Ausrufspreises d. i. 2000 fl. öst. Währ. zu Handen der Licitationscommission im Baaren, oder in öffentlichen mit 5% verzinslichen Staatsobligationen, oder in Pfandbriefen der galiz. Stand. Creditanstalt mit Coupons und Zalon nach dem letzten aus dem Amtsblatte der „Krakauer Zeitung“ ersichtlichen Curse, jedoch nie über den Nominalwerth zu erlegen. Die übrigen Bedingungen so wie der Tabularauszug jener Summe können in der h. g. Registratur eingesehen werden.

Hievon wird die Fr. Executionsführerin Maria Mytkos, Frau Josefa de Szembeki Cienka zu eigenen

Händen, dann alle Gläubiger, welche nach dem 24. Jänner 1861 an die Gewähr gelangen sollten, durch den für dieselben hiemit in der Person des Advokaten Hrn. Dr. Zucker mit Substitution des Advokaten Hrn. Dr. Geissler bestellten Curators und mittelst Edicts verständigt.

Krakau, am 19. Februar 1861.

N. 2470. Obwieszczenie

C. k. Sad krajowy Krakowski na żądanie p. Maryi Mytkos celem zaspokojenia wierzytelności 553 złr. 45 1/2 kr. w. a. z p. n. dozwolił na przymusową licytację zabezpieczonej na rzecz Józefa z hr. Szembeków Cienkiej na dobrach Polanka wielka w obwodzie Krakowskim położonych lib. dom. 250 p. 325 n. 39 on. summy 80,000 złp. w brzęczącej monecie srebrnej czyli 12,000 rubli sbr., która w 3 terminach t. j. na dniu 12go Kwietnia, 15. Maja, 14. Czerwca 1861 r. każdą razą o godzinie 10tej zrana w tutejszym sądzie odbędzie się.

Za cenę wywołania ustanawia się nominalna wartość tejże sumy 80,000 złp. czyli 12,000 rubli srebrem lub 20,000 złr. w. austr. W obydwóch pierwszych terminach suma ta tylko nad cenę wywołania lub za takąż na 3cim terminie także i niżej ceny tej sprzedana będzie.

Każden chce kupna mający ma złożyć na ręce komisji licytacyjnej tytułem wadium 10 procent ceny wywołania czyli 2000 złr. w. a. w gotówce lub publicznych 5% obligacjach rządowych w listach zastawnych instytutu kredytowego stanów galicyjskich, z kuponami i talonami a to podług najnowszego w urzędowej Gazecie Krakowskiej zamieszczonego kursu, jednak nie wyżej nad wartość nominalną.

Blizsze warunki licytacji jakoteż wyciąg hipoteczny w registraturze tutejszego Sadu przejrane być mogą o czem prowadząca egzekucję Marya Mytkos, Józefa z Szembeków Cienka jakoteż wszyscy wierzyciele którzyby po 24. Stycznia 1861 do hipoteki weszli przez ustanowionego dla nich niniejszem kuratora w osobie advokata Dra Zukra, w zastępstwie advokata Dra Geisslera, jakoteż przez obwieszczenie zawiadomieni zostają.

Kraków, dnia 19. Lutego 1861.

Die hohe k. k. General-Direktion des Grundsteuer-Katasters hat mit dem Erlasse vom 21. October 1860 Z. 60621/1392 über die von einem Mappen-Archiv gestellte Aufgabe, in welcher Weise die etwa noch vorkommenden Gesuche von Privatparteien um Ausfertigung von Mappen-Copien behandelt, und nach welchem Maßstabe die hiezu verwendeten Accorarbeitler entlohnt werden sollen, bedeutet, daß diese Entlohnung nach der vereinten Anzahl von Fochen und Parzellen stattzufinden haben.

Zu diesem Ende ist die Anzahl der Fochs und Parzellen gemeindeweise aus dem Parzellen-Protocoll, und zwar ohne Berücksichtigung der im Anstöße der Sectionen vorkommenden Doppelnummern auszugiehen, und der Verdienst für ein Point mit 0.5 Kreuzer österr. Währ. zu berechnen.

Als Entlohnung für den Revidenten ist demselben für die Revision von 1000 Point pr. 1 fl. öst. Währ. zu vergüten.

Diese Bestimmungen werden hiemit mit dem Besage zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß allfällige Gesuche um Ausfertigung von Mappen entweder bei der Finanz-Landes-Direktion oder beim hiesigen Mappen-Archiv umzubringen sind, und daß dieser neue Berechnungs-Maßstab vom 1. März 1861 in Wirksamkeit tritt.

Von der k. k. Statthalterei.
Lemberg, am 2. März 1861.

Wysoka c. k. generalna Dyrekcya kadastru podatku gruntowego postanowiła rozporządzeniem z dnia 21. Października 1860 do l. 60621/1392 na zapytanie jednego z archiwów map, w jaki sposób traktowane być mają wydarcze się mogące podania stron prywatnych o wygotowanie kopii map i podług jakiego wymiaru wynagrodzone być mają w tym celu ugodzeni pracujący, — że wynagrodzenie to nastąpić ma podług połączonej ilości morgów i parceli.

W tym względzie należy wyciągnąć z proto-

kułu parceli, bez względu na podwójne numery przy stykaniu się parceli przychodzące podług pojedynczych gmin ilość morgów i parceli, i wynagrodzenie policzyć po 0.5 centów wal. austr. za jeden punkt.

Wynagrodzenie zaś dla rewidenta liczy się po 1 zł. w. a. za rewizję 1000 punktów.

Te postanowienia podają się niniejszem do ogólnej wiadomości z tém dodatkiem, że dotyczące podania o wydanie map mogą być wnoszone lub do c. k. krajowej Dyrekcji skarbu lub też do tutejszego archiwu map, również ze ten nowy wymiar obliczenia nastąpić ma od 1. Marca 1861.

Od c. k. Namiestnictwa galicyjskiego.
Lwów, dnia 2. Marca 1861.

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den dem Aufenthalt nach unbekannten Kaver und Sylvestra Wislockie mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Salomon Schleissteher wegen Zahlung der Wechsel-Summe von 400 fl. ö. W. f. N. G. unterm 1. März 1861 Z. 3442 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber ihnen die Zahlung dieser Summe oder die Anbringung der Einwendungen binnen 3 Tagen unter Einem aufgetragen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu ihrer Vertretung und auf ihrer Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advokaten Hrn. Dr. Serda mit Substituierung des Landes-Advokaten Hrn. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren

Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte.
Tarnów, am 6. März 1861.

C. k. Sąd czyni wiadomo niniejszym edyktem z miejsca pobytu niewiadomym Ksawerowi i Sylwestrze Wislockim, że przeciwko nim Salomon Schleissteher wniósł skargę o zapłacenie sumy wekslowej 400 złp. z p. n. pod dniem 1. Marca 1861 do L. 3442 i prosił o pomoc sądową i że w skutek téjże próby nakazano zapozwanym zapłacenie rzeczonej sumy lub wniesienie zarzutów w terminie trzech dni.

A gdy miejsce pobytu zapozwanych jest niewiadome, sąd obwodowy ustanowił im na ich niebezpieczeństwo i kosztu kuratora w osobie pana adwokata Dra Serdy z zastępstwem p. Dra Rutowskiego.

Napomina się tedy zapozwanych, aby w należytem czasie albo sami stanęli, lub kuratorowi dowody potrzebne wręczyli, lub też innego obrońcę obrali i takowego tutejszemu sądowi wskazali, ogólnie aby wszelkich do obrony służących środków prawnych używali, gdyż skutki wypłynąć mogące z zaniedbania sami sobie przypiszą.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 6. Marca 1861.

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird den dem Aufenthalt nach unbekannten Kaver und Sylvestra Wislocka mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es haben wider dieselben Salomon Schleissteher wegen Zahlung der Wechsel-Summe pr. 400 fl. ö. W. f. N. G. unterm 1. März 1861 Z. 3441 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unter Einem denselben die Zahlung dieser Summe oder Anbringung der Einwendungen binnen 3 Tagen aufgetragen wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu ihrer Vertretung und

auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Serda mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach Wechselrecht verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Vom k. k. Kreisgerichte.
Tarnów, am 6. März 1861.

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski zawiadamia Ksawerego i Sylwestra Wislockich że przeciw nim Salomon Schleissteher pod dniem 1. Marca 1861 do l. 3441 wniósł skargę o zapłacenie sumy wekslowej 400 złr. a. w. z przyn. i prosił o pomoc sądową, że w skutek téj próby nakazano zarazem pozwanym zapłacenie sumy rzeczzonej lub wniesienie zarzutów w terminie 3 dni.

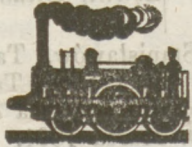
A gdy miejsce pobytu pozwanym jest niewiadome, c. k. Sąd Obwodowy ustanowił tymże na ich niebezpieczeństwo i kosztu kuratora w osobie tutejszego pana adwokata Dr. Serdy z zastępstwem pana adwokata Dr. Rutowskiego z którym też rozpoczęta sprawa według prawa wekslowego przeprowadzoną będzie.

Napomina się więc pozwanym, aby w czasie należytem albo sami stanęli, albo potrzebne dowody ustanowionemu kuratorowi wręczyli lub innego obrońcę sobie obrali i tutejszemu Sądowi wskazali, i w ogóle ażeby służących do obrony prawnych środków używali, gdyż skutki powstać mogące z ich zaniedbania sami sobie przypiszą.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 6. Marca 1861.

betreffend die Einführung von Lieferzeiten für Eil- und Frachtgüter auf

der kais. königl. privil. galizischen



CARL LUDWIG-BAHN.

Die gefertigte Bahn-Verwaltung macht hiermit bekannt, daß sie vom 20. März 1861 angefangen bei dem Transporte von Eil- und Frachtgütern auf ihren Bahn-Linien folgende Lieferzeiten unter den beigefügten Bedingungen festgesetzt habe:

Die **Gesamtlieferzeit**, für deren Einhaltung die Bahn-Verwaltung dem Publicum gegenüber allein verantwortlich gemacht, und aus deren Ueberschreitung ein gültiger Reclamationsanspruch erhoben werden kann, wird durch Zusammenrechnung der unten näher bezeichneten einzelnen Einlade-, Beförderungs-, Uebergangs- und Dispositionsfristen ermittelt.

A. Eilgut.

Die **Einladefrist** für das Eilgut ist auf 12 Stunden von der Zeit der Aufnahme an festgestellt, und wird auf jenen Strecken, auf welchen täglich nur ein Personen- oder gemischter Zug verkehrt, auf 24 Stunden ausgedehnt.

Die **Beförderungsfristen** werden nach Distanzen zu je 21 Meilen in 12 Stunden bemessen; bei der letzten Distanz wird ein etwaiger Ueberschuß bis 3 Meilen nicht gerechnet.

Die **Uebergangsfrist**, welche erforderlich ist, um die Eilgüter von einer Linie auf die andere der eigenen Bahn oder auf eine ununterbrochen anschließende fremde Bahn zu übergeben, wird in der Uebergangsstation zu 12 Stunden gerechnet.

Um das Gut zur **Disposition des Adressaten** zu stellen, wird eine **zwölfstündige** Frist bemessen.

Zur **Auf- und Abgabe** von Eilgütern werden die Bureaux vom 1. April bis 30. September incl. spätestens um 6 Uhr Morgens geöffnet, und frühestens um 7 Uhr Abends geschlossen. Vom 1. October bis 31. März incl. werden dieselben spätestens um 8 Uhr Früh geöffnet, und frühestens um 6 Uhr Abends geschlossen.

Läuft die, mittelst Zusammenrechnung der oben festgesetzten einzelnen Fristen ermittelte Gesamtlieferzeit in der Zeit ab, während welcher die Bureaux der Stationen geschlossen sind, so wird dieselbe um den Vormittag des nächsten Tages verlängert.

B. Frachtgut.

Die **Einladefrist** für das Frachtgut ist auf 48 Stunden von der Zeit der Aufnahme an festgestellt.

Wenn die Güter ihrer Beschaffenheit wegen nur an gewissen Tagen befördert, z. B. feuergefährliche Gegenstände, so ist der zu ihrem Transporte bestimmte Tag für die Einladefrist maßgebend.

Die **Beförderungsfristen** werden nach Distanzen zu je 14 Meilen 24 Stunden bemessen; bei der letzten Distanz wird ein etwaiger Ueberschuß bis 3 Meilen nicht gerechnet.

Die **Uebergangsfrist**, welche erforderlich ist, um die Frachtgüter von einer Linie auf die andere der eigenen Bahn oder auf eine ununterbrochen anschließende fremde Bahn zu übergeben, wird in der Uebergangsstation zu 24 Stunden gerechnet.

Um das Gut zur **Disposition des Adressaten** zu stellen, wird eine Frist von 24 Stunden bemessen.

Zur **Auf- und Abgabe** der Frachtgüter werden die Bureaux mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage vom 1. April bis 30. September spätestens um 6 Uhr Morgens geöffnet und frühestens um 6 Uhr Abends geschlossen. Vom 1. October bis 31. März inclusive werden dieselben spätestens um 7 Uhr Früh geöffnet und frühestens um 5 Uhr Abends geschlossen.

Läuft die mittelst Zusammenrechnung der oben festgesetzten einzelnen Fristen ermittelte Gesamtlieferzeit in der Zeit ab, während welcher die Bureaux der Stationen geschlossen sind, so wird dieselbe um den ganzen nächsten Tag verlängert.

In der Buchdruckerei des „OZAS.“

Allgemeine Bestimmungen.

Die oben festgesetzten Fristen haben nur auf die nach dem allgemeinen Tarife beförderten Güter Anwendung.

Der Datum des Aufnahmestempels auf dem Frachtbriefe gilt als Tag der Uebergabe der Güter an die Eisenbahn. Die hiemit festgesetzten Lieferzeiten werden von dem Tage der Aufgabe, d. i. von dem Tage, welcher durch den Stempel der Aufnahmestation bezeichnet ist, gezählt, u. z. vom Mittage an, wenn die Aufnahme vor diesem Zeitpunkte, und von Mitternacht an, wenn die Aufnahme Nachmittags stattgefunden hat.

Sowohl bei Eil- als bei Frachtgütern wird zu den oben bemessenen Fristen noch jene Zeit gerechnet, welcher zur zollamtlichen Abfertigung nothwendig ist.

Im Falle eines Elementar-Ereignisses (casus fortuitus major) ist die Bahn-Verwaltung von der Verpflichtung, die Lieferzeit einzuhalten, befreit.

Ebenso behält sich die Bahn-Verwaltung das Recht vor, bei außerordentlichen vorübergehenden Bahnhindernissen die Anwendung der gegenwärtigen Bestimmungen zu sistiren, was durch öffentliche Ankündigungen bekannt gemacht werden wird.

In den Fällen, in welchen die Bahn-Verwaltung die bestimmten Gesamtlieferzeiten nicht einhält, werden nachstehende Abzüge von der für ihre Bahnstrecke entfallenden Transportgebühr gewährt.

a) Bei Eilgutbeförderung.

Für ein Verspätung von 12 bis 24 Stunden $\frac{1}{4}$ der Portogebühr; für eine Verspätung von 1 bis 3 Tagen $\frac{1}{3}$, und für eine Verspätung von mehr als 3 Tagen die Hälfte der Portogebühr.

b) Bei Frachtgutbeförderung.

Für eine Verspätung von 1 bis 3 Tagen $\frac{1}{4}$ der Portogebühr; für eine Verspätung von 3 bis 8 Tagen $\frac{1}{3}$, und für eine Verspätung von mehr als 8 Tagen die Hälfte der Portogebühr.

In nachstehenden Fällen wird keine Gesamtlieferzeit garantirt und daher auch kein Abzug von der Transportgebühr gewährt:

1. In Fällen von Elementar-Ereignissen und außerordentlichen, momentanen Bahnhindernissen, wie oben gesagt wurde.
2. Wenn die Verspätung durch eine unrichtige oder unvollständige Angabe im Frachtbriefe verursacht wird.
3. Wenn die äußere Beschaffenheit der Colli eine anstandslose Verladung unmöglich macht.
4. Wenn die Absendung durch Zollamtshandlungen verzögert wird.
5. Wenn der Aufgeber sich einer der in den Bestimmungen beim Sachen-Transporte vorgesehenen Uebertretungen schuldig gemacht hat.
6. Wenn das öffentliche Interesse die Bevorzugung gewisser Transporte nöthig macht.
7. Wenn die Beförderung zu einem ermäßigten Tarife stattfindet und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten.

In allen Fällen muß der Adressat oder sein Besteller, wenn er die Waare übernehmen will, den vollen, auf dem Frachtbriefe berechneten Betrag bezahlen.

Die Thatsache der Verspätung berechtigt weder zur Verweigerung der Uebernahme des Gutes, noch kann sie die Einhebung der Transport-, Lagerzins- und andere Gebühren beeinträchtigen.

Jede Reclamation wegen verspäteter Lieferung muß spätestens binnen 14 Tagen nach Uebernahme der Waaren erhoben, und unter Anschluß des Frachtbriefes an die Bahn-Verwaltung oder an die Abgabestation gerichtet werden.

Nach Ablauf dieser Frist wird jede Reclamation als ungültig und nicht als geschehen betrachtet.

Ist die Reclamation durch die gepflogenen Erhebungen als begründet erachtet worden, so wird der betreffende Abzug von der Transportgebühr dem Adressaten bei der Cassa der Abgabestation zur Auszahlung angewiesen werden.

Wien, am 28. Februar 1861.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Buchdruckerei = Geschäftsleiter: Anton Rother.